



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 136, Feb./2 2020

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

S

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bössartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Schaden in der Oberleitung

Das Versagen der Deutschen Bahn ist gewollt und gemacht.
Exklusivabdruck aus „Schaden in der Oberleitung“.
von Arno Luik



Freitag, 06. September 2019, 15:00 Uhr~6 Minuten Lesezeit
Foto: S-F/Shutterstock.com

Das Desaster der Deutschen Bahn ist kein Versehen. Es gibt Täter. Sie sitzen in der Bundesregierung, im Bundestag. Und seit Jahren im Tower der Deutschen Bahn. Arno Luik, langjähriger Stern-Autor und einer der profiliertesten Bahn-Kenner hierzulande, zeigt in seinem Buch „Schaden in der Oberleitung“ das komplette Desaster detailliert auf. Über 10 Milliarden jährlich pumpen wir Steuerzahler in die Deutsche Bahn — dafür ist sie dann in 140 Ländern der Welt im Big Business tätig. Aber hierzulande ist die Bahn eine echte Zumutung: Die Züge fahren immer unpünktlicher, oft fahren sie gar nicht und manchmal sind sie ein Risiko für unser Leben.

2005 versprach der damalige Bahn-Chef Hartmut Mehdorn: „In den nächsten Jahren liegt besonderes Augenmerk auf der Verschönerung der kleineren Stationen“, dafür stelle der Bund in den kommenden Jahren 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Und was ist dabei herausgekommen? Zum Beispiel in der kleinen Station in Königsbronn, meinem Heimatdorf? Alles ist hier nur noch trist, versifft, mit Graffiti vollgesprüht, der Bahnsteig ist vollgespuckt, verdreckt, überall Zigarettenskippen. Der Fahrkartenautomat ist in einem zugigen Glasverschlag, bei Sonnenschein erkennt man kaum die Tasten, im Winter muss man das Bedienfeld von Eis freikratzen, wenn es regnet wird man nass, oft funktioniert der Apparat nicht.

Vor ein paar Jahren traf ich den Bahnchef Hartmut Mehdorn zu einem Gespräch, und ich sagte ihm, dass meine 80-jährige Mutter nicht mehr mit dem Zug von Königsbronn in die nahe Kreisstadt fahren kann, weil sie den Automaten nicht beherrscht und sich nicht traut, schwarz zu fahren. „Muss sie auch nicht“, knurrte der Bahnchef, „sie kann doch ihre Fahrkarte im Internet bestellen!“

Dieser verkommene Halt — inzwischen gibt es Tausende seiner Art in Deutschland — ist nicht bloss ein verkommener Bahnhof. Er ist ein Symbol. Er steht, Pars pro Toto, für den Zustand des gesamten Landes. Dafür, dass sich der Staat von seiner Fürsorgepflicht zurückzieht.

Es verschwinden der Bahnhof, die Post — Orte der Begegnung, an denen man lebende Menschen traf, die miteinander reden. Vorbei. Diese staatlich verordnete Vernachlässigung sagt viel aus über dieses Land. Wie die Verantwortlichen in Berlin mit ihren Bürgern, im Politjargon „den Menschen draussen auf dem Land“, umspringen. Roh. Kalt.

Wer an solch einem rohen Ort mal im Winter auf einen Zug wartet, der muss abgehärtet sein und duldsam, wer an solch einem kalten Ort, wo alles schäbig, verkommen ist, auf einen Zug wartet, der häufig gar nicht kommt, der spürt sehr konkret, was die Regierenden bei der Bahn und der Politik in Berlin von ihm halten. Erschreckend wenig.

Der weiss: Ich bin ein Abgehängter, und ich soll dies ruhig fühlen. Von diesem Gefühl der Unbehautheit ist es nur ein kurzer Schritt zur Politikverdrossenheit. Nur ein kleiner Sprung zur AfD und dem Ruf: „Ihr kotzt mich an, ihr alle, ihr Politiker dort in Berlin, aber wirklich alle!“

Dieser kleine Bahnhof, er sagt auch, dass die Bahn gar nicht wirklich will, dass Sie Zug fahren.

Ein Auslöser, um dieses Buch zu schreiben, war ein Lachanfall. Es war im Januar auf der Fahrt von Königsbronn nach Ulm, auf der Brenztalstrecke. Beim Halt in der Kreisstadt Heidenheim krächzte es aus den Lautsprechern, der Zugchef meldete sich, um im breiten Schwäbisch dies zu sagen:

„Sie haben es wahrscheinlich schon gemerkt, dass unsere Klos defekt sind. Ich weiss auch nicht, warum das so ist. Aber auf Gleis 3 steht ein Zug, dort funktionieren die Klos. Wenn Sie also unbedingt müssen — gehen Sie durch die Unterführung rüber, wir warten auf Sie!“

Es ist ja ein Volkssport geworden, über die Bahn zu spötteln, zu höhnen, zu lachen.

Früher, in der DDR, spotteten die Bürger über ihre heruntergekommene Reichsbahn so: Vier Feinde hat sie — Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Und das, genau das, gilt seit einigen Jahren auch für die Bahn AG. Sie fährt — wie die DDR-Reichsbahn früher — heute auf Verschleiss.

Und sie hat noch weitere, überaus mächtige Feinde: die Bahnchefs und ihre Verkehrsminister.

Laut Grundgesetz ist die Bahn ein besonderer Betrieb — sie hat einen klaren, einen grundgesetzlich vorgeschriebenen Auftrag: den Bürger mit einem günstigen Transportmittel zu versorgen. Jeden Bürger, egal wo. Die Bahn soll agieren „zum Wohl der Allgemeinheit“, so steht es im Paragraph 87 des Grundgesetzes. Und sie soll — auch aus ökologischen Gründen – dafür sorgen, dass mehr Personen- und vor allem auch mehr Güterverkehr auf die Schienen kommt und runter von der Strasse. So sagen es die Politiker seit sehr vielen Jahren, seit Jahrzehnten.

Beides funktioniert nicht. Bei beidem versagt die Bahn. Es ist absurd, konstatierte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, „wenn ein Konzern, der zu 100 Prozent im Staatsbesitz ist, sich nicht um die Gesetze des Staates kümmert“. Die Deutsche Bahn hat sich verselbständigt. Sie ist — auch unter tätiger Mithilfe vieler Politiker — zu einem Staat im Staate geworden. Die Bahn macht, was sie will.

Nein, übrigens: Das ist keine Polemik.

Es stellen sich sehr viele Fragen: Wie konnte es passieren, dass dieser Staatskonzern dermassen aus dem Ruder läuft? Der jährlich weit über zehn Milliarden Euro an Steuergeldern bekommt — aber seinen Bür-

gern, den tatsächlichen Besitzern dieser Bahn, immer weniger bietet, schlimmer noch: sogar rücksichtslos ihnen gegenüber ist? Der aus Kostengründen an Bahnschranken spart — und so Tote in Kauf nimmt. Der aus Kostengründen auf Bahnsteigen Durchsagen einspart — und so Tote in Kauf nimmt.

Der, wie der Bundesrechnungshof im Januar 2019 ungewöhnlich scharf kritisierte, keines, aber auch wirklich keines der Ziele verwirklicht hat, die mit der Bahnreform 1993/94 — also mit der Abschaffung der Deutschen Bundesbahn — verwirklicht werden sollten: etwa Ausbau und Erhalt des Schienennetzes, um mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, finanzielle Konsolidierung.

Der stattdessen in über 140 Ländern agiert, einfach so, keine Regierung hat ihn dazu beauftragt, aber dieser imperiale Grössenwahn bringt den Bürgern hierzulande nichts — ausser Zerfall und Ärger. Der ökonomisch so mies wirtschaftet, dass er, um den Verkehr irgendwie noch aufrechtzuerhalten, ständig nach mehr staatlichen Mitteln ruft. Und sie auch bekommt — ohne an der desaströsen Strategie etwas ändern zu müssen, die dazu geführt hat, dass der Konzern heute mit über 20 Milliarden Euro verschuldet ist. Im Grunde pleite ist.

Der aber seinen Chefs, Vorständen, und Aufsichtsräten, hohe Millionengehälter bezahlt, obwohl die seit Jahrzehnten unverantwortlich handeln und gegen das Aktienrecht verstossen — eigentlich ein Fall für Gerichte.

Stattdessen darf dieser Konzern weiterhin — ungerührt und bisher ungestraft — Milliarden Euro in so gigantische wie unnötige Grossprojekte verschleudern, etwa in Stuttgart 21, in Münchens zweite Stammstrecke, in Hamburg-Diebsteich — alles unfassbar teure Megaprojekte, die den Verkehr behindern und die Reisenden ärgern werden, aber nur die Beton-, Stahlindustrie- und die Tunnelbohrmaschinenunternehmen erfreuen.

Ein Staatskonzern, der so unverdrossen wie frech das politisch-offizielle Mantra des Staats konsequent konterkariert, nach dem mehr Verkehr auf die Schiene soll — der seit Jahrzehnten Schienen rausreisst, Weichen abbaut, Bahnhöfe stilllegt, die Infrastruktur sträflich verkommen lässt, der, so muss man es leider sagen, im Autoland Deutschland sich offenkundig sehr anstrengt, den Bahnverkehr zu behindern, nein, ihn auf Dauer zu zerstören.

Ist das in diesem Autoland ein Zufall? Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht?

Es ist wohl kein Zufall, dass gerade in Stuttgart, der Welthauptstadt des Autos, die Bahn als Alternative zum Auto komplett unter die Erde, also faktisch beerdigt werden soll. S21 ist längst zur Chiffre geworden für den strukturellen Irrsinn der Bahn: wie überehrgeizige Bahn-Manager und ignorante Politiker sich ein unfassbar teures Denkmal setzen wollen. Auf Kosten des Bahnverkehrs. Auf Kosten der Bürger. Auf Kosten der Sicherheit. Auf Kosten der Umwelt. Bei S21 findet sich alles, was den Bahnverkehr zerstört. S21 ist der Meilenstein im Niedergang der Bahn als rationales Unternehmen.

Wie konnte das alles bloss geschehen? Wie konnte die Bahn, Deutschlands grösster Staatskonzern, bloss so verkommen? Für dieses Bahndesaster gibt es Verantwortliche, gibt es Täter. Es ist Zeit, sich mit den Tätern anzulegen.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/schaden-in-der-oberleitung>

Umfrage: Mehrheit der Bürger befürchtet Spaltung – Verlust deutscher Kultur stärker wahrgenommen

Epoch Times5. September 2019 Aktualisiert: 6. September 2019 10:42

Zerbricht die Gesellschaft? Verschwindet die deutsche Kultur? Sterben wir den Klima-Tod? Und was macht die Politik dagegen? Die Bevölkerung ist in diesen Zeiten stark verunsichert. Wie wird es weiter gehen?

Die grosse Mehrheit der Bundesbürger sorgt sich um ein Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Gruppen. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap veröffentlichte am Donnerstag das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag der „ARD-Tagesthemen“.

Man wollte wissen:

1. Machen Sie sich Sorgen, dass die gesellschaftlichen Gruppen weiter auseinanderdriften?
2. Machen Sie sich Sorgen, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört?
3. Machen Sie sich Sorgen, dass die Parteien auf drängende politische Fragen keine gemeinsamen Antworten finden?
4. Machen Sie sich Sorgen, dass wir einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache erleben werden?
5. Machen Sie sich Sorgen, dass Sie im Alter Geldprobleme haben werden?
6. Machen Sie sich Sorgen, dass Sie Ihren Lebensstandard nicht mehr halten können?

Wie antworteten die repräsentativ am 3. und 4. September 2019 befragten 1014 Bundesbürger?

Die Spaltung der Gesellschaft

Über die Spaltung der Gesellschaft in Deutschland machen sich die Befragten mehrheitlich und parteiübergreifend sehr grosse bzw. grosse Sorgen. Die Gefahr, dass die gesellschaftlichen Gruppen weiter auseinanderdriften, verunsichert 83 Prozent der Bundesbürger. Im Vergleich zu Mai wurde eine Zunahme um 8 Prozentpunkte verzeichnet.

Klima und Politik

Grosse Ängste breiten sich auch unter der Bevölkerung wegen des oft beschworenen Klimawandels aus. Mehr als drei Viertel (76 Prozent) machen sich sehr grosse bzw. grosse Sorgen, dass er die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört (-1 Prozentpunkt im Vergleich zu Mai). Unter den Anhängern der AfD wird das Thema gespalten gesehen. Laut Infratest dimap machen sich 47 Prozent der Oppositionspartei sehr grosse bzw. grosse Sorgen um die Folgen des Klimawandels, 53 Prozent wenig bzw. gar keine.

Weitgehend einig sind sich die Anhänger aller Parteien in einer anderen Frage: 74 Prozent der Befragten machen sich sehr grosse bzw. grosse Sorgen, dass die Parteien auf drängende politische Fragen keine gemeinsamen Antworten finden. Auch die Anhänger der Regierungsparteien CDU/CSU (67 Prozent) und der SPD (70 Prozent) teilen diese Sorge zu mehr als zwei Dritteln.

Bewusstsein über Verlust der Kultur wächst

Aktuell machen sich 52 Prozent der Befragten sehr grosse bzw. grosse Sorgen, einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache zu erleben. Laut dieser Zahl könnte man meinen, dass es nicht das wichtigste Thema im Moment ist. Doch immer mehr Menschen scheinen diese unterschätzte Gefahr zu bemerken. Gegenüber der Umfrage dazu im Mai, kam es aktuell zu einem Sorgen-Zuwachs um 12 Prozentpunkte. Doch nicht bei allen Richtungen ist diese Sorge präsent:

Die Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger (58 Prozent) macht sich in diesem Punkt Sorgen. Die grössten Sorgen äussern in dem Zusammenhang AfD-Anhänger (92 Prozent). Die Anhänger der anderen Parteien machen sich laut Infratest dimap in dieser Hinsicht mehrheitlich wenig oder gar keine Sorgen.

Sorgen um Lebensstandard

Persönliche wirtschaftliche Sorgen stehen bei den Bundesbürgern vergleichsweise zurück. So ist die Zahl derer, die sich sorgen, ihren Lebensstandard künftig nicht mehr halten zu können, seit Mai von 30 auf 38 Prozent gestiegen.

Noch etwas stärker teilen die Deutschen langfristige finanzielle Sorgen wie die eigene Altersabsicherung: So rechnen 43 Prozent im Alter mit Geldproblemen, bei den 18- bis 49-Jährigen ist es mehr als die Hälfte. (dts/red)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/umfrage-mehrheit-der-buerger-befuerchtet-spaltung-verlust-deutscher-kultur-staerker-wahrgenommen-a2992906.html>

Ungarischer Botschafter protestiert gegen ungarnefeindliche Propaganda des ZDF

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 6. September 2019

Es kommt sehr selten vor, dass sich ein Botschafter öffentlich zu Vorgängen des Landes äussert, in dem er akkreditiert ist. Zu diesem ungewöhnlichen Schritt sah sich jetzt der ungarische Botschafter Dr. Péter Györkös gezwungen. Das ZDF hat mit seinem am Mittwoch, den 4. September gesendeten sogenannte Dokudrama: „Stunden der Entscheidung“ über die Flüchtlingskrise 2015 und die Rolle Angela Merkels darin, eine rote Linie überschritten. Die vielen enthaltenen Falschbehauptungen über Ungarn und seinen Regierungschef Victor Orban haben den Botschafter veranlasst, sich in einem Brief an Dr. Peter Frey, den Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens zu wenden. Das angebliche Dokudrama hat mit seriösem Journalismus wenig zu tun, sondern wirkt wie ein Stück aus der Feindpropaganda des Kalten Krieges. Nur ist diesmal das verunglimpfte Land nicht Teil eines feindlichen Blockes, sondern Mitglied der EU, die ein Friedensprojekt zu sein, uns immer wieder vom ZDF versichert wird. Was Falschbehauptungen über ein Partnerland und seine Politiker mit Frieden zu tun haben, bleibt ein Geheimnis des ZDF. Um des Friedens willen wäre eine Entschuldigung und die Entfernung dieses Propagandastücks aus der Mediathek das Mindeste. Nach der Achse des Guten dokumentieren auch wir den Brief des Botschafters:

Sehr geehrter Herr Intendant,
das ZDF hat am 4. September 2019 zur Hauptsendezeit ein »Dokudrama« zu den Ereignissen von vor vier Jahren ausgestrahlt. Ohne Zweifel ist das Thema (nicht nur) in Deutschland von besonderem öffentli-

chen Interesse. Unter Wahrung der geschriebenen und ungeschriebenen Regeln meines Berufes und der gebotenen Achtung für die deutschen Bürger und Politiker kommentiere ich die damit verbundenen internen Debatten nicht öffentlich. Ich verfolge sie lediglich und natürlich berichte ich darüber in angemessener Form an meine Hauptstadt.

Nun gab es in dem erwähnten Film derart viele Elemente, die Objektivität und Tatsachen missen haben lassen, und in Form von „Einspielungen“ eine Reihe von Anspielungen auf mein Land und seinen mehrfach demokratisch gewählten Ministerpräsidenten, dass ich mich gezwungen sehe, darauf zu reagieren. Was die ethischen und moralischen Normen verletzenden Passagen und Andeutungen angeht, kann ich nur hoffen, dass die Autoren und Macher sie mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

Aber ich beschränke meine ins Traurige spielende Frustration auf die Tatsachen. Der „Mythos vom Budapester Ostbahnhof“ ist nicht neu. Die auch im Film immer wiederkehrende Behauptung, alles hätte hier und jetzt seinen Anfang genommen und Ungarn wäre Quelle aller Probleme, läuft der schlichten geographischen Realität, den Bestimmungen des internationalen und europäischen Rechts und den Ereignissen vom Sommer und Herbst 2015 diametral entgegen. Der 4. September war einer von vielen Tagen in der seit Monaten andauernden Migrationskrise. Ich selbst hatte damals, noch als Ständiger Vertreter bei der EU in Brüssel, meinen Kollegen schon Wochen zuvor signalisiert, dass die Zahl der täglich eintreffenden illegalen Migranten bereits die zehntausender Marke überschreitet. Kenntnis und Verständnis der Situation belegt kaum etwas deutlicher als die Tatsache, dass das Bundesministerium des Innern am 19. August, zwei Wochen bevor sich der „Marsch der Hoffnung“ in Bewegung setzte, die Zahl der bis zum Jahresende erwarteten Zuwanderer auf 800 000, also auf das Doppelte der bis dahin geltenden Schätzung, korrigiert hatte. Es waren dann am Ende – wenn ich mich nicht irre – 890 000.

Nicht unerwähnt lassen sollten wir auch den Tweet des BAMF vom 25. August über die Aussetzung der Anwendung der Dublin-Verordnungen, der der Zuwanderung durchaus eine neue Dynamik verlieh. Auch sollte man die simple geographische Gegebenheit berücksichtigen, dass den Budapester Ostbahnhof mehr als 1000 km von der Aussengrenze der EU und des Schengenraumes trennen. Beachten wir internationales Recht (Art. 31 der Genfer Konvention) oder europäisches Recht (Schengener Grenzkodex, Dubliner Verordnung) sind zwei Dinge festzuhalten: Die illegalen Einwanderer sind auf ihrem Weg durch nicht weniger als fünf oder sechs Staaten gezogen, in denen ihr Leben nicht in Gefahr war, sie also keine Flüchtlinge mehr waren. Zudem ignorierten sie bewusst alle Dubliner und Schengener Regelungen, denn ihnen war klar, wohin sie wollten.

Ungarn hat mit der Entscheidung, europäische Regelungen durchzusetzen, grosse materielle, politische und moralische Risiken auf sich genommen. Wir haben weder Dank noch Anerkennung erwartet, dafür wurden uns täglich unbegründete Kritik und moralische Belehrungen zuteil. Seitdem sind vier Jahre vergangen, die Dinge haben sich langsam wieder in Richtung der Einhaltung von Recht und Ordnung bewegt, schrittweise gelingt es uns, Ordnung und Humanität miteinander in Einklang zu bringen, doch die realitätsfremde, und von Fall zu Fall an Ehrverletzung grenzende Propaganda hört nicht auf.

Jedenfalls kann ich nur erneut und immer wieder anbieten, dass ich dem ZDF und anderen öffentlich-rechtlichen oder privaten Medien bei Interesse an den Tatsachen oder dem ungarischen Standpunkt jederzeit bereitwillig zur Verfügung stehe. Es wäre an der Zeit, statt Schmutzkampagnen und Fiktionen, die die geografische Realität ausser Acht lassen und als Wahrheit präsentieren, die Fakten gewähren zu lassen. Mein beruflicher Werdegang hat es mit sich gebracht, dass ich die Ereignisse sowohl 1989 (damals als für die DDR zuständiger Referent des ungarischen Aussenministeriums) als auch im Sommer und Herbst 2015 (zunächst als ständiger Vertreter bei der EU, dann ab Oktober 2015 als Botschafter in Berlin) aus unmittelbarer Nähe verfolgen konnte. Den ersten Stein aus der Mauer, die das eigene Volk eingeschlossen hielt, haben die Ungarn herausgeschlagen. 2015 hat sich Ungarn für die Einhaltung und Durchsetzung europäischen Rechts und für den Schutz der Lebensform und des Wirtschaftsmodells, die die Grundlage der EU bilden, und des durch Schengen geschützten Binnenmarktes eingesetzt, und den illegalen Zustrom über die grüne Grenze gestoppt. Grundlage und ein natürlicher Zug unseres gemeinsamen Daseins und unserer Zusammenarbeit ist, dass wir die Welt in manchen Fällen aus anderem Blickwinkel und durch andere Sichtweise betrachten. Situationen wie diese zu klären gelingt jedoch nur auf der Basis von Respekt für unser Gegenüber und für die Tatsachen. Der von Ihnen gezeigte Film tut keinem dieser Kriterien Genüge.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Péter Györkös

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2019/09/06/ungarischer-botschafter-protetstiert-gegen-ungarnfeindliche-propaganda-des-zdf/>



Die Wahrheit über die norwegischen Geologen, die das Geheimnis hinter dem Bermudadreieck entdeckten

Published on August 31, 2019 in Wissenschaft 1881 views

Wissenschaftler der Universität Tromsø hatten anscheinend herausgefunden, dass Methangasexplosionen mit dem Rätsel der ungewöhnlich hohen Zahl an verschwundenen Schiffen, Flugzeugen und Menschen im Bermudadreieck in Zusammenhang stehen – dem Gebiet im Atlantik, das durch Bermuda, Puerto Rico und Miami (Florida) begrenzt wird und oft “Teufelsdreieck” genannt wird.

Die Wissenschaftler glauben, dass vor der Küste des von Natur aus gasreichen Norwegens tief im Meeresboden vorhandene Ablagerungen von Öl und Methangas explosionsartig durch den Meeresboden hindurchgedrungen sind und gigantische Unterwasserkrater formten – sie haben solche von einer Grösse bis zu einer halben Meile [ca. 800 Meter] Ausdehnung und 150 Fuss [ca. 45 Meter] Tiefe entdeckt. Sie vermuten, dass die riesigen Methanausbrüche das Wasser aufwühlen und eine mögliche Bedrohung für Schiffe darstellen oder in die Atmosphäre entweichen könnten, was eine mögliche Gefahrenquelle für Flugzeuge darstellen könnte.

“Mehrere gigantische Krater existieren auf dem Meeresboden, in einem Gebiet in der westlich-zentralen Barentssee...und sind wahrscheinlich ein Grund für enorme Gasausbrüche. Das Kratergebiet stellt wahrscheinlich einen der grössten Brennpunkte für Methanentweichungen in Meeresuntiefen in der Arktis dar”, erklärten Wissenschaftler von der Universität Tromsø gegenüber *The Sunday Times*.

Das Rätsel hinter der Lösung des Rätsels

Obwohl weitere Details der Ergebnisse beim jährlichen Treffen der *European Geosciences Union* im April veröffentlicht werden sollen, löste die vorläufige Zusammenfassung der Universität Tromsø einige Aufregung aus, was die Co-Autorin Karin Andreassen dazu veranlasste, folgende Stellungnahme zu veröffentlichen:

Wir haben auf dem Meeresboden in der zentralen Barentssee viele grosse Krater entdeckt. Analysen legen die Vermutung nahe, dass Ausbrüche von Methangas einst diese Krater formten, als sich das Eis nach der letzten Eiszeit zurückzog. Wir müssen diese Ergebnisse noch veröffentlichen, daher sind diese nur vorläufig. Was ich dazu sagen kann ist, dass wir keinerlei Verbindungen zum Bermudadreieck herstellen.

Die Krater sind gigantisch, bis zu einem Kilometer breit und 30 Meter tief, und sie sind der Beweis dafür, dass auf dem Meeresboden Gasausbrüche vorgekommen sind. Die Ausbrüche können mit dem Auftauen von Gashydraten in Zusammenhang gebracht werden, worunter man Methan in Form von Eis versteht, das unterhalb des Meeresbodens vorkommt, nachdem die letzte Eiszeit geendet ist. Aber die Bedingungen während der letzten Eiszeit können nicht mit den heutigen verglichen werden.

Der “Beweis”

Die Wissenschaftler haben davon Abstand genommen, eine Verbindung mit dem Bermudadreieck herzustellen, aber die Idee ist nicht neu. Die Theorie wurde ursprünglich 2014 durch den russischen Wissenschaftler Igor Yeltsov vom *Trofimuk-Institut für Erdöl- und Erdgasgeologie und -geophysik* aufgestellt: *Es gibt eine Theorie, dass das Bermudadreieck durch Gashydrate verursacht wird. Sie beginnen, aktiv zu zerfallen, indem sich Methaneis in Gas verwandelt. Es passiert auf eine lawinenartige Weise, wie eine Kernreaktion, durch die riesige Mengen an Gas freigesetzt werden. Das führt dazu, dass sich das Meer aufheizt und Schiffe in Gewässern versinken, die von grossen Mengen an Gas durchsetzt sind. Dies führt dazu, dass die Luft mit Methan überladen ist, was eine extrem turbulente Atmosphäre erzeugt, die Flugzeugabstürze zur Folge hat.*

National Geographic berichtete auch 2015, dass “Methan in die Luft entweichen kann, was in der Atmosphäre für Turbulenzen sorgt und vielleicht ein Flugzeug zum Absturz bringt.”

Auch *International Business Times* schreibt:

Das Gebiet, das auch als "Teufelsdreieck" bekannt ist, ist ein Gebiet im westlichen Nordatlantik, das von Bermuda, Puerto Rico und einem Punkt in der Nähe von Melbourne (Florida) begrenzt wird, wo schon seit langer Zeit zahlreiche Schiffe und Flugzeuge auf mysteriöse Weise verschwunden sind. Der Felsenuntergrund dieser Meere weist viele magnetische Anomalien auf, die zu falschen Ablesungen auf Kompassen führen können. Die Ablagerungen von gefrorenem Methangas können in Form gewaltiger Ausbrüche explodieren – Methanausbrüche –, die sogar dazu in der Lage sind, grosse Schiffe untergehen zu lassen. Diese Gewässer sind auch anfällig für Wasserhosen, wobei es sich um Wirbel handelt, die Wasser aus dem Meer in die Wolken aufsaugen. Die Winde dieser Wasserhosen können Geschwindigkeiten von mehr als 190 km/h erreichen und kommen üblicherweise während des Sommers in der feuchten Luft und den warmen Gewässern bei Florida vor, wo es wahrscheinlich 400–500 Wasserhosen pro Jahr gibt.

Es hat eine Reihe von Verschwörungstheorien über das Bermudadreieck gegeben, aber nicht viele sind davon überzeugt. John Reilly, ein Historiker von der US Naval Historical Foundation, erklärte gegenüber National Geographic:

Die Region wird viel bereist und wird seit den frühen Tagen der europäischen Entdeckungen häufig durchkreuzt. Zu sagen, dass dort einige Schiffe und Flugzeuge untergegangen sind, ist als ob man sagen würde, dass es eine grosse Menge an Autounfällen auf der New-Jersey-Schnellstrasse gibt – Überraschung, Überraschung.

Die US-Klimabehörde schreibt auch:

Umweltbezogene Erwägungen könnten viele, wenn nicht gar die meisten Fälle des Verschwindens erklären. Die Mehrheit von atlantischen Tropen- und Wirbelstürmen durchqueren das Bermudadreieck, und zu der Zeit als die Wettervorhersagen noch nicht so präzise waren, fielen diesen gefährlichen Stürmen viele Schiffe zum Opfer. Auch der Golfstrom kann schnelle, manchmal heftige Wetteränderungen verursachen. Zusätzlich ist die grosse Anzahl von Inseln im Karibischen Meer ein Grund dafür, warum es dort viele Gebiete mit seichten Gewässern gibt, die für die Navigation von Schiffen trügerisch sein können. Und es gibt einige Indizien dafür, dass das Bermudadreieck ein Ort ist, an dem "magnetische" Kompasser manchmal in Richtung des "geographischen" Nordens zeigen, im Unterschied zum "magnetischen" Norden.

*Das Meer war für Menschen immer schon ein mysteriöser Ort, und wenn schlechtes Wetter oder unzureichende Navigation hinzukommen, kann es ein äusserst lebensgefährlicher Ort sein. Das ist auf der ganzen Welt der Fall. **Es gibt keinen Beweis dafür, dass im Bermudadreieck mysteriöses Verschwinden mit irgendeiner grösseren Häufigkeit geschieht als in irgendeinem anderen viel bereisten Meeresgebiet.***

Blame Methane Blasts for Sea Craters, But Not for the Bermuda Triangle

<https://t.co/7gJALp8OWwpic.twitter.com/ymUxUYw5ru>

— Live Science (@LiveScience) March 16, 2016

Tweet: "Gib Methanausbrüchen die Schuld an Meereskratern, aber nicht am Bermudadreieck."

Verweise:

- http://www.thesundaytimes.co.uk/sto/news/uk_news/Science/article1677701.ece?CMP=OTH-gnws-standard-2016_03_12
- <http://meetingorganizer.copernicus.org/EGU2016/EGU2016-14375.pdf>
- <https://cage.uit.no/news/craters-in-barents-sea-not-connected-to-bermuda-triangle/>
- <http://siberiantimes.com/science/casestudy/news/siberian-exploding-holes-are-the-key-to-bermuda-triangle-scientists/>
- <http://www.ibtimes.co.uk/bermuda-triangle-mystery-solved-by-enormous-gas-blowouts-ocean-floor-1549223>
- <http://www.livescience.com/23435-bermuda-triangle.html>
- <http://news.nationalgeographic.com/2016/03/160315-norway-craters-methane-hydrates-bermuda-triangle-science/>
- <http://oceanservice.noaa.gov/facts/bermudatri.html>
- <https://twitter.com/LiveScience/status/710179837323780096>
- Quelle: <https://derwaechter.org/die-wahrheit-uber-die-norwegischen-geologen-die-das-geheimnis-hinter-dem-bermudadreieck-entdeckten>

FIGU-Informationen hierzu...

... aus dem FIGU-Sonder-Bulletin Nr. 57

Ein weiterer Beweis – diesmal aus dem «Bermuda-Dreieck». Anlässlich des 229. Kontakts, am 31. Juli 1989, haben Billy und Quetzal über die «mysteriösen» Vorfälle im Bermuda-Dreieck gesprochen. So erklärte Quetzal, dass das auf dem Meeresboden in grossen Mengen gebundene Methanhydrat zu einem grossen Teil für das Verschwinden bzw. das Versinken von menschlichen Transportmitteln verantwortlich sei. Wenn sich das gefrorene Gas löst und als riesige Gasblase zur Meeresoberfläche hochsteigt, dann

verlieren das Wasser und die Luft ihre Tragkraft, mit entsprechenden Folgen für die sich im betreffenden Gebiet befindenden Schiffe und Flugzeuge. Nun haben Wissenschaftler exakt diesen Sachverhalt festgestellt, bestätigt und veröffentlicht, wie Michael Horn im August 2010 auf seiner Website schreibt (http://theyfly.com/Bermuda_Triangle.html). Australische und US-amerikanische Wissenschaftler sind inzwischen – 21 Jahre später! – zu denselben Erkenntnissen gelangt.

(<http://saalemnews.com/articles/august062010/bermuda-triangle-ta.php>).

Apropos Michael Horn: Seit anfangs 2004 ist er «Billy» Eduard A. Meiers offizieller Medienvertreter im englischen Sprachraum, und in dieser Funktion hat er seither in unermüdlichem Einsatz den Billy-Meier-Fall und die FIGU-Mission via seine Website, mittels Multimedia sowie durch unzählige Radio- und TV-Interviews usw. rund um den Erdball bekannt gemacht. Seit anfangs Sommer 2010 steht ihm nun auch noch eine eigene «Radio Show» zur Verfügung. Einmal pro Woche vermittelt er während einer Stunde mit viel Humor und anschaulichen Beispielen Anregendes und Interessantes aus der Geisteslehre und dem mit Billy und der FIGU verbundenen Hintergrundwissen. Ihn sich anzuhören, kann ich allen der englischen Sprache mächtigen Menschen nur empfehlen. Es lohnt sich.

<http://pwrnradio.com/categories/conversation-radio-episodes/the-michael-horn-show/>

An dieser Stelle danke ich Michael Horn ganz herzlich für seinen unschätzbare wichtigen Einsatz zur Unterstützung unserer, Billys und der FIGU-Mission. 25.8.2010, Christian Frehner, Schweiz

... und aus dem FIGU-Sonder-Bulletin Nr. 59

Billy Danke. Dann noch etwas bezüglich des Methans resp. des Methanhydrats, worüber wir ja auch schon privaterweise gesprochen haben, wozu ich aber meine, dass einige Worte dazu auch in einem offiziellen Kontaktbericht gesagt werden sollten.

Wie dein Vater Sfath und Quetzal, hast auch du mir erklärt, dass im Grund aller Meere der Welt ungeheure Mengen gebundenes Methangas resp. Methanhydrat vorhanden sei, und zwar sehr viel mehr als alles Erdpetroleum, Erdgas und alle Kohle zusammen. Von diesem Methangas «befreie» sich laufend einiges und steige durch das Wasser hoch, wodurch auch das Klima beeinflusst werde. Dabei können, wenn sich grosse Mengen des Methans lösen und über die Wasseroberfläche steigen, Schiffe ihren Halt im Wasser verlieren und innerhalb Sekunden auf Nimmerwiedersehen versinken. Auch können Flugzeuge abstürzen und im Meer verschwinden, wenn grosse Methangaswolken hochsteigen, wie z.B. im Bermuda-Dreieck und in der Japanischen Teufelssee, wo immer wieder Schiffe und Flugzeuge verschwinden. Nun aber wird darum herumgemacht, dass industriell das Methanhydrat ausgebeutet und zum Nutzen des Menschen gemacht werden soll. Darin sehe ich aber eine Gefahr für das Ökosystem auf dem Meeresgrund usw., denn wie mir Quetzal bei unserem Tauchgang in die Tiefsee erklärt hat, nutzen diverse Organismen und verschiedenes Getier das sich aus dem Grund lösende Methangas, wie z.B. weisse Grundkrabben und Röhrenwürmer usw., wie ich selbst sehen konnte. Durch seine Beobachtungsgeräte machte er mir auch sichtbar, wie bestimmte Bakterien tödliches Arsen in sich aufnahmen, wozu er erklärte, dass diese Kleinstlebewesen das Gift zum Leben benötigen. Andere Bakterien nahmen wiederum Schwefel auf, wie auch anderes weisses Kleingetier, das an «Schwarzen Schloten» und an Schwefel ausstossenden Orten lebte. Auch in der freien Natur zeigte er mir mit seinen vergrössernden Beobachtungsgeräten, einer Art Elektronenmikroskop, eine Reihe giftiger Pflanzen, an deren Giften sich Bakterien gütlich taten, wie aber auch Tiere und allerlei Getier. Auch leichte und schwere Metalle und andere Gase als Methan bieten Lebensstoffe für wiederum andere Arten von Bakterien, wie er mich belehrte und teils diese Tatsache auch durch seine Apparaturen sehen liess. Aber zurück zum industriellen Abbau des Methanhydrats; dies bringt für das Ökosystem auf dem Meeresgrund ungeheuren Schaden, denn es droht noch eine andere Gefahr, die darin beruht, dass sich durch die Schuld des Menschen die Meere weiter erwärmen, wobei die Überbevölkerung alles dazu tut, dass die Meereserwärmung schnell voranschreitet. Bei einer gewissen Wärme der Meere beginnt sich zwangsläufig das Methanhydrat im Meeresgrund aufzulösen, dringt an die Oberfläche und entweicht in die Atmosphäre, was zwangsläufig zur Folge hat, dass sich der Treibhauseffekt steigert und dass auch der Sauerstoffgehalt der Atmosphäre beeinträchtigt wird. Der Hammer ist dabei, wie bei allen Umweltschäden, Umweltzerstörungen und beim Klimawandel und bei der allgemeinen Naturzerstörung, dass der Mensch selbst an allem Schuld ist und also für alle die in den letzten Jahrzehnten entstandenen katastrophalen Zustände auf der Erde in jeder Beziehung selbst die Verantwortung trägt.

Die Hauptschuld liegt dabei in der masslosen Überbevölkerung, die herangezüchtet wurde und weiterhin hochgezüchtet wird. Allein durch diese sind die Natur und das Klima zerstört und die Erdressourcen ausgebeutet worden, neue Seuchen entstanden, und der Lebensraum des Menschen ist ungeheuer eng geworden, wodurch er sich in grossen Massen und gar millionenweise in Städten ansammelt, wo infolge der Enge jeder dem andern auf die Füsse tritt. Und wo solche Menschenmassen sind, wird ganz gewaltig in

vielerlei Weise das Leben beeinträchtigt, wobei vieles zur Kriminalität und zum Verbrechen führt, wie aber auch zu vielen Krankheiten. Die grosse Masse Menschheit birgt auch in sich, dass die Menschen physisch sowie gedanklich-gefühlsmässig und damit auch psychisch immer mehr verweichlichen und lebensunfähiger werden, folglich die Anfälligkeit in bezug auf schwere Krankheiten ebenso ständig mehr zunimmt wie auch das miserable soziale Verhalten, das allgemein immer mehr um sich greift und an den Tag gelegt wird. Dabei spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass sehr viele Menschen, hauptsächlich Kinder und Jugendliche, nichts Rechtes mehr mit ihrer Freizeit anzufangen wissen, nicht korrekt erzogen werden, arbeitsscheu sind und folgedem kriminell und verbrecherisch werden. Dabei wird dann auch die Achtung vor dem Leben verloren, was dazu führt, dass bedenkenlos unschuldige Menschen verprügelt, totgeschlagen und totgetreten oder kaltblütig sonstwie umgebracht werden. Bei allem spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass die Menschen nur noch nebeneinanderher leben und keine wahrliche zwischenmenschliche Beziehungen mehr pflegen. Es existieren sehr oft nur noch Scheinbeziehungen mit Scheinfreundschaften, ohne wirkliche Verbindung in Ehre und Würde zum Mitmenschen. Unzählige Menschen leben mit andern nicht mehr auf gleicher Ebene und nicht mehr miteinander, sondern nur noch gedanken- und mitgefühllos und gleichgültig nebeneinanderher, folglich der Nächste elend krepieren kann, ohne dass ein Finger der Hilfe für ihn gerührt wird. So bilden sich in dieser Weise gesellschaftsfeindliche Banden, in denen sich die Menschen zu Gruppen und Organisationen zusammenschliessen, und zwar nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene, wie z.B. bei den Terroristen, dem Ku-Klux-Klan, den Neonazis aller Art und bei sonstigen extremen gesellschafts- und rassenfeindlichen Gruppen und Organisationen. Von all diesen Tatsachen wollen aber allgemein weder die Menschheit selbst noch die Wissenschaftler und Beamten sowie die Regierenden etwas wissen. Und es wird einfach nicht begriffen, dass das Allerschlimmste nur noch dadurch verhindert werden kann, indem radikal die Überbevölkerung reduziert wird, was nur durch einen weltweit geregelten und staatlich kontrollierten Geburtenstopp zuwegegebracht werden kann. Um aber eine solche weltweit gültige Regelung ins Leben zu rufen, dazu sind alle Genannten zu feige und zu dumm und dämlich. Jene, welche am Wissenschafts- und Regierungsruder hocken, wollen ihre Ämter behalten und getrauen sich in ihrer Feigheit daher nicht, entsprechende Massnahmen zu einer Geburtenregelung hervorzubringen.

Beim Menschen allgemein ist aber der Umstand gegeben, dass eine gewaltige Verantwortungslosigkeit vorherrscht, aus der heraus er glaubt, ein Recht zu haben, wahllos Nachkommen in die Welt setzen zu dürfen, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste resp. darauf, dass die Natur und das Klima unaufhaltsam immer mehr zerstört und langsam aber sicher alle tierischen und getierischen Lebensformen letztlich immer schneller ausgerottet werden. Das Gros der irdischen Menschheit macht sich über alle diese Fakten keinerlei Gedanken und Gefühle, geschweige denn ein Gewissen, weshalb früher oder später wohl die Natur selbst zu einem Mittel der Menschheitsreduzierung greift, mit Seuchen oder mit sonstigen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Vielleicht aber donnert auch der prophezeite Meteor oder Komet auf die Erde und löscht den grössten Teil der Menschheit aus, oder der Mensch der Erde löst in seiner Verantwortungslosigkeit und Verrücktheit doch noch einen weltumfassenden Krieg aus, durch den er sich selbst drastisch reduziert. Und wenn ich bedenke, dass gegenwärtig wieder die Gefahr eines Wettrüstens der Weltmächte besteht, weil die USA ihren vermaledeiten Raketenschutzschild in Nordeuropa nun doch bauen und dabei vielleicht Russland nicht einbeziehen wollen, dann könnte zukünftig ein weltweiter Krieg doch noch Wirklichkeit werden. Wollen wir nur hoffen, dass sich doch noch alles zum Guten wendet und rundum Vernunft walten gelassen wird, und zwar sowohl bei den USA und Russland wie auch in all den Krisenländern, die so gerne mit Drohungen und Krieg spielen, Atombomben haben oder sie gegenwärtig oder solche zukünftig entwickeln. Es sind die blanke Intelligenz, der Verstand und die Vernunft der betreffenden Regierenden gefordert, wie aber auch der Sinn für wahre Liebe, Freiheit, Frieden und Harmonie in jeder erdenklich notwendigen Beziehung. Diese Fähigkeiten sind meines Erachtens dem US-Präsidenten Barack Obama eigen, und ich denke, dass ich sie auch dem russischen Präsidenten Medwedew zutrauen kann, folglich diese beiden zusammenspannen sollten, und zwar auch dann, wenn zwischen beiden Staaten noch einige Dinge zu klären und zu regeln sind, was doch mit etwas gutem Willen möglich sein sollte. Seit Michail Gorbatschows Wirken hat sich ja einiges getan, dass ein guter und vernünftiger Schritt zwischen Russland und den USA möglich sein sollte, und zwar auch in bezug auf den Raketenschutzschild in Nordeuropa. Wird das zuwegegebracht, dann ist zumindest einmal der wirkliche Frieden zwischen diesen beiden Ländern nicht länger eine unerreichbare Illusion und kann langsam endgültig Wirklichkeit werden, wenn die Angst voreinander und die Feindseligkeit verschwinden.

Ptaah Was du sagst, entspricht unseren Erkenntnissen, und tatsächlich hängen all diese Dinge zusammen. Mehr dazu zu sagen, ist wohl nicht notwendig.

«Verbrechens-Gewinnler» vermehren sich



Ulrich Schlier, Verlagsleiter «Schweizerzeit»
Veröffentlicht am 6. September 2019



Beängstigende Zunahme der Gewaltkriminalität

**Die Gewalt gegen Frauen nehme in mehr als nur beunruhigendem Ausmass zu.
Entsprechende Schlagzeilen beherrschen alle Medien.**

Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser beängstigenden Entwicklung in keiner Art und Weise. Wir rufen vielmehr in Erinnerung: Wir, die «Schweizerzeit», die SVP, die Auns, die sifa dokumentieren diese Entwicklung seit Jahren. Und seit Jahren kritisieren wir das Laissez-faire dieser Gewaltausbreitung gegenüber nachdrücklich.

Eine Tatsache wird verschwiegen

Auffällig an den plakativen Medienberichten ist allerdings: Die Frage, von wem diese zunehmend brutale Gewalt in der Öffentlichkeit und besonders den Frauen gegenüber ausgeht – diese Frage blenden nahezu alle Medien unter Anwendung geradezu plakativer Sorgfalt systematisch aus.

Stellt man die gleiche Fragen Polizisten, die an Einsätzen beteiligt waren oder sind, dann erhält man sehr wohl klare Antworten – wenn auch bloss hinter vorgehaltener Hand und nach verbindlich abgegebener Zusicherung, auf jede Namensnennung des Informanten zu verzichten. Die allgemein markant, gegen Frauen gar drastisch zunehmende Gewaltanwendung wird in solchen Antworten ganz eindeutig dargestellt als Aspekt der ungezügelten, unüberprüften Masseneinwanderung in unser Land.

Vorsätzliche Tatsachen-Verschleierung

Diejenigen, welche den am 9. Februar 2014 in der Bundesverfassung verankerten Artikel gegen die Masseneinwanderung vorsätzlich nicht umsetzen, sind zumindest Komplizen der zunehmenden Gewalt; sie sind daran schuld, dass Gewalttäter, besonders auch solche gegen Frauen, sich in zunehmender Zahl in unserem Land vermehren.

Interessant dabei ist, dass diejenigen, welche die Herkunft der Gewalttäter notorisch ausblenden, trotzdem gewisse Rezepte vermitteln, wie der beängstigenden Entwicklung zu begegnen sei.

Ausweisung oder Administrierung

Die Rezepte gehen konsequent davon aus, dass Gewalt, besonders Gewalt gegen Frauen, fast ausschliesslich von Männern ausgehe. Um so schriller will Links-Grün den Kampf gegen die Männer aufnehmen: Diejenigen Männer, die als Gewalttäter identifiziert worden seien oder die der Gewaltanwendung verdächtigt würden, müssten ab sofort – auf Staatskosten – einer «Rund-um-die-Uhr-Überwachung» unterstellt werden. Nicht Rückweisung an den Grenzen, nicht Ausweisung sei nötig. Administrierung der Gewalt und sündenteure Überwachung vermuteter Gewalttäter: Das sei das Rezept.

Soll Gewalt-Überwachung die Schaffung neuer Funktionärsapparate ermöglichen, in denen Links-Grün ihre Wähler-Klientel glaubt unterzubringen können? Gewalt-Überwachung als lukratives Polit-Geschäft der Linken, die so zu Gewalt-Gewinnlern mutieren? Das fehlt uns noch! Wer Ämter zur Gewaltüberwachung schaffen will, muss so deren Existenz schliesslich rechtfertigen. Gewaltüberwachung gedeiht nur, wenn Gewalt noch vorkommt – damit Überwachungsmassnahmen auch bewilligt werden. Denn wo Gewalt weitestgehend ausgemerzt oder vermieden wird, glauben nicht einmal Linke, Forderungen nach Gewalt-Administrierung, Gewalt-Registrierung und Gewalt-Bürokratisierung durch neue Heerscharen von Funktionären noch durchsetzen zu können. Wer ein erfolgreicher linker Gewalt-Gewinnler sein will, muss unserem Land das Gewalt-Problem also erhalten. Nur so kann der Aufbau von Funktionärs-Apparaten zur Überwachung der Gewalttäter gerechtfertigt werden. Masseneinwanderung und Gewalt-Import werden zur Grundlage eines linken Geschäfts. Deshalb wehren sich Linke mit all ihnen zur Verfügung stehenden Kräften gegen die Ausweisungen von Gewalttätern.

Würden Gewalttäter konsequent ausgewiesen, würden Gewalttäter aufgrund genauer Kontrolle an unseren Landesgrenzen von vorneherein abgeschreckt, dann könnte sich die Geschäfts-Idee der Gewalt-Gewinnler gar nicht entfalten.

Sollte es in unserem Land jemandem einfallen, die Schweiz mit einem gesunden, rotbackigen, chächeln Apfel zu vergleichen, so würde ihm im Blick auf die Gewalt-Gewinnler wohl auch klar, dass dieser rotbackige Apfel bereits unübersehbar wurmstichig geworden ist.

Ulrich Schläuer. Quelle: <https://schweizerzeit.ch/verbrechens-gewinnler-vermehren-sich/>

Hierzu kurze Auszüge aus Voraussagen, die BEAM bereits im Jahr 1949 gefertigt hat, die dann von Pfarrer Zimmermann in die englische Sprache übersetzt wurden. Diese wurden dann allen damaligen grossen Medien der Schweiz, ganz Europas und natürlich auch Grossbritanniens sowie den USA, Kanadas und in aller Welt vielen anderen Staaten zugestellt.

Die Zukunft der Erde sieht übel aus, denn die Menschheit wird alles Böse tun und ihr eigenes Fortbestehen in Frage stellen ...

13./14 Mai 1949, Eduard Meier, Niederflachs 1253, Bülach, Kt. Zürich

(Gesamte diesbezügliche Voraussagen als zwei (2) A5-Broschüren erhältlich bei der FIGU)

... .. Auch wird unausweichlich sein, dass durch die Diktatur (EU-Diktatur) eine diktatorische Misswirtschaft und finanzielle Ausbeutung der Diktaturmitgliedstaaten erfolgen und dazu führen wird, dass die Mitgliedstaaten in umfangreiche Schuldenverhältnisse verfallen werden. Ausserdem wird sich durch die diktatorische Misswirtschaft sowie infolge des mitwirkenden ungeheuren Wachstums der Erdbevölkerung in der gesamten Diktatur eine Arbeitslosigkeit sondergleichen in Millionenhöhe ausbreiten, wodurch die Kriminalität und Gewaltverbrechen in mancherlei Weisen sehr schnell in Höhen ansteigen werden wie niemals zuvor. ...

... .. Doch alle Regierenden, die grossmäulig unfähig zum Regieren sein werden, werden sich untereinander im Erfinden von dummen und nutzlosen Scheinlösungen überbieten, jedoch in ihrer Dummheit und Regierungsunfähigkeit nicht den einzig richtigen Weg finden, der dann zur Zeit beschritten werden müsste, wenn die Flüchtlingsströme aufkommen werden. Auch wird diese Frau die Ursache schaffen, dass gewaltige Flüchtlingsströme in die Diktaturstaaten Europas eindringen werden, besonders aus

Kriegsgebieten Arabiens und aus notleidenden Staaten aus Afrika, wobei viele der Flüchtlinge – wobei sich viele nur als solche ausgeben werden – in starkem Mass zur Kriminalitäts- und Gewaltverbrechenssteigerung beitragen werden. Das wird zwangsläufig dazu führen – wie schon im NAZI-Reich gehabt –, dass sich nicht nur in Europa, sondern weltweit, doch ganz besonders im neuen Deutschland, neuerlich Rassenhass ausbreiten wird. ...

... ... ein krasser aufkommender Drogenhandel viel Unheil anrichten, wie auch Tötungsdelikte und Morde, Erpressungen, Menschenhandel, Entführungen und Räuberei und Gewalttaten aller Art. Auch wird zukünftig die Hurerei als offizielles und steuerpflichtiges Gewerbe Einzug in die Gesellschaft halten, während die Kriminalität ihre Blüten immer mehr blühen lassen wird, wie Einbrüche und Entführungen sowie damit zusammenhängende Erpressungen. ...

... ... wobei von der Polizei und den Gerichten viele Kriminelle und Straftaten und gar Gewaltverbrechen kaum noch oder überhaupt nicht mehr aufgeklärt und geahndet werden können. Folglich wird in den kommenden Zeiten und im 3. Jahrtausend auch ein weitumfassender Waffenhandel dazu führen, dass sich sowohl viele der rechtschaffenen Bevölkerung erlaubterweise, wie aber auch verbotenerweise und heimlich Schusswaffen besorgen werden, wie das viele Kriminelle und Gewaltverbrecher auch tun werden. Ganz besonders wird im neuen Jahrtausend die Angst der Menschen hinsichtlich der krass steigenden Kriminalität, Gewalt und Verbrechen dazu führen, dass sich viele der rechtschaffenen Bevölkerungen in Deutschland, wie aber auch der Schweiz, Waffen besorgen werden. Und dies wird zukünftig besonders dann so sein, wenn ein Flüchtlingswesen aufkommt, das durch eine wirre machtbesessene deutsche Regierende hervorgerufen und viele Tote auf den Fluchtwegen fordern wird, und zwar sowohl zu Land als auch auf dem Mittelmeer, das auf untauglichen und mit Flüchtlingen überfüllten Booten nach Europa überquert werden soll. ...

... ... Unter diesen (Flüchtlingen) werden auch Kriminelle, Gewalttätige und Verbrecher sein, folglich sich nicht nur gesellschaftliche Probleme, sondern auch solche der Kriminalität, Gewalt und Verbrechen in grossem Stil und sich stetig steigernd ergeben werden, die dann je länger, je mehr kaum mehr bewältigt werden können. Das wird dann aber auch zur Folge haben, dass sich ein Fremdenhass, Rassenhass und Religionshass ausbreitet, was zu schweren Problemen führen und bösartige Hassfanatiker hervorrufen wird, die nicht nur demonstrierend, sondern teils auch verachtend und gewalttätig gegen legale und illegale Flüchtlinge vorgehen werden. ...

... ... In der Regel wird es also bei den Staatsführungen infolge ihrer feigen Angst hinsichtlich der an sie gerichteten Todesdrohungen am Willen fehlen, etwas gegen die wachsende Kriminalität, die Gewalt und das steigende Verbrechen zu unternehmen, während es aber vielfach auch an den rechtlichen Möglichkeiten fehlen wird. Folglich werden sich die Gesetzlosigkeiten laufend mehren, und zwar insbesondere durch die Manipulationen der Diktatur (EU-Diktatur), die in Belgien in der Diktaturzentrale immer weiter ausgebrütet werden und die Anhängerländer immer tiefer in Sklaverei und die Völker zur Unzufriedenheit treiben werden. ... usw.

Nimm Dir Zeit

*Nimm Dir Zeit, das Leben zu
geniessen und es zum Besten
Deines Daseins zu machen.*

SSSC, 6. Januar 2011

15.15 h, Billy

Wenn Verschwörungstheorien wahr werden – Heute: Mehrheitlich junge, männliche Wirtschaftsmigranten

14:14 06.09.2019 (aktualisiert 16:16 06.09.2019)

ZDF-Info hat die Dokumentation „Migration – Das grosse Missverständnis – Falsche Hoffnungen und dreiste Lügen“ veröffentlicht. Sie bestätigt im Wesentlichen das, was während der Flüchtlingskrise von Kritikern vorgebracht wurde, wofür sie aber beschimpft wurden. Dennoch vermeidet auch diese Doku, die eigentliche Ursache für Migration zu benennen.

Erst wer sich diese Dokumentation verschriftlicht, wird mit einiger Verblüffung feststellen, dass in den rund 45 Minuten beinahe alle relevanten Kritikpunkte bestätigt werden, die seit der Flüchtlingskrise 2015 von vielen Kritikern vorgebracht wurden. Das waren und sind vor allem diese Positionen:



- es kommen fast nur junge Männer;
- die Mehrheit der Migranten sind Wirtschaftsflüchtlinge;
- die Mehrheit von ihnen verfügt nicht über die notwendigen Qualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt und wird die Sozialsysteme belasten;
- viele geben nur vor, Kriegsflüchtlinge zu sein, weil sie wissen, dass nur das verhindert, dass ihre Asylanträge nicht sofort abgelehnt werden;
- viele kommen mit absurdesten Vorstellungen von Deutschland und ihren Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt;
- viele kommen mit komplett anderem Rechtsverständnis, Akzeptanz brutalster Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung und fehlendem Respekt gegenüber staatlichen Institutionen wie beispielsweise der Polizei.

Die Verblüffung rührt vor allem von dem Umstand her, dass einer der beiden Autoren dieser Dokumentation ein Werteverzeichnis vorweisen kann, das beim besten Willen nicht erkennen lässt, dass er sich bislang die Positionen zu eigen gemacht hätte, die hier aufgezählt wurden.

Doch schon nach einer Minute und zehn Sekunden fällt der Satz:

**„Ein Exodus junger, arbeitsfähiger Männer, und Afrika schaut zu.“
Erstaunliche Erklärungen für Migrationsprobleme im deutschen Fernsehen**

Die für das deutsche Fernsehen einigermaßen erstaunliche These, wonach Afrika in der gegenwärtigen Migrationsdebatte mehr oder weniger tatenlos zuschaut und nicht Europa, soll später noch mit weiteren erstaunlichen Sätzen untermauert werden, die sich so im deutschen Fernsehen, vor allem im öffentlich-rechtlichen, nur selten finden. Zunächst aber sagt der OECD-Migrationsforscher Thomas Liebig in die Kamera, dass die europäische Migrationspolitik von zwei Fehlern gekennzeichnet sei:

„Zum einen, dass die Themen gesteuerte Migration und der Themenbereich Flüchtlinge sehr stark miteinander vermischt werden. Der zweite Fehler ist, dass alle Personen, die 2015/2016 nach Deutschland gekommen sind und einen Asylantrag gestellt haben, pauschal als Flüchtlinge bezeichnet werden, obwohl nur ein **Teil davon reale Flüchtlinge sind und realen Schutzbedarf** haben. Ein erheblicher Teil dieser Personen ist auch aus anderen Gründen nach Deutschland gekommen.“

Nach vierzehneinhalb Minuten kommt der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen zu Wort, der auf die wirklich gestellte Frage, „warum Afrika so viele arbeitsfähige junge Menschen ziehen lässt“, wirklich erklärt, dass es vor allem die beträchtlichen Überweisungen von Migranten in ihre Heimatländer sind, die eine Ursache für den grossen Migrationsdruck im Allgemeinen und den von jungen, afrikanischen Männern im Besonderen darstellen:

**„Und an diesen Rücküberweisungen haben natürlich sehr viele autokratische Politiker in Afrika ein höchstes Interesse. Wir nicht, das ist klar.“
Sind nordafrikanische Migranten auf einmal doch tendenziell gewaltbereiter?**

Nach Kriegsflüchtlingsgründen klingt das irgendwie nicht. Und auch was Boris Novak von der Polizeigewerkschaft Berlin zu sagen hat, klingt etwas anders als die sonst üblichen permanenten Ermahnungen, nicht alle in einen Topf zu werfen oder besonders herauszustellen. Dennoch erklärt Novak in Bezug auf die Drogenszene im Berliner Görlitzer Park und auch darüber hinaus:

„Insbesondere die Personen aus dem nordafrikanischen Bereich haben weniger Respekt gegenüber Polizisten hier in Deutschland, da deren Rechtsverständnis mit unserem kollidiert, und das wird mit ein Grund sein, warum gerade Personen aus dem nordafrikanischen Bereich immer wieder durch erhebliche Straftaten auffallen und sich auch nicht sozialisieren lassen.“

Das wird in der Dokumentation an anderer Stelle durch Zahlen noch weiter bestätigt. Sie stammen aus dem Untersuchungsbericht des Landtages Nordrhein-Westfalen zu den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/2016 in der Kölner Innenstadt. Demnach stammten von den 299 ermittelten Tatverdächtigen alleine 83 aus Marokko und 81 aus Algerien, 98 hielten sich illegal in Deutschland auf, 96 waren Asylbewerber und 59 abgelehnte Asylbewerber.

Es stimmt also doch: Viele täuschen vor, Kriegsflüchtling zu sein

Doch einer der unbestrittenen Höhepunkte dieser Dokumentation ist der Auftritt des ghanaischen Migrationsforschers Josef Kofi Teye vom Zentrum für Migrationsforschung der Universität von Ghana. Er erklärt:

„Manchmal geben die Menschen an, aus Kriegsgebieten zu kommen, weil das ihre einzige Möglichkeit ist, Asyl zu bekommen. Aber das sind hochqualifizierte Menschen, sie sind vor keinem Krieg geflohen, sie wollen nur in Europa arbeiten. Das sollte man begreifen. Die Medien aber vermitteln, dass es sich bei jedem, der aus Afrika kommt, um einen Flüchtling handelt. Das stimmt nicht, es sind nur wenige. Die meisten Menschen, die infolge des Krieges vertrieben wurden, befinden sich in afrikanischen Lagern; das ist etwas, was die Menschen verstehen müssen.“

Wir wollen noch einmal wiederholen: Wer die hier zitierten Sätze auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegungen der Jahre 2015 oder 2016 in Deutschland öffentlich äusserte, musste damit rechnen, auf das Übelste beschimpft und diffamiert zu werden. Es hätte dieser im Prinzip vorbildlichen, weil endlich einmal wirklich ausgewogenen Dokumentation gut zu Gesicht gestanden, sich stellvertretend für den Berufsstand der Journalisten bei all jenen zu entschuldigen, die pauschal als Ausländerhasser, als Rassisten oder Nazis beschimpft wurden, weil sie die zu diesem Zeitpunkt dominierende Narrative in Politik und Medien in Zweifel zogen – mit genau jenen Aussagen, die in dieser Dokumentation wie selbstverständlich zur Aufführung gelangen.

Das würde allerdings nichts daran ändern, dass diese Dokumentation aus einem Grund, der bislang noch im Dunklen liegt, mit einer gewissen Penetranz Migration nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien einordnet, deren zwingend logische Konsequenz erst ganz am Schluss nur vage angesprochen wird. Bereits die in der Doku zitierte Position der früheren SPD-Vorsitzenden und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles aus dem Jahr 2016 war verräterisch:

„Wir sind ja schon sehr früh in den Erstaufnahmeeinrichtungen, wir schätzen, dass 30 Prozent der Flüchtlinge auch verwertbare Abschlüsse haben, Hochschulabschlüsse, auch Zertifikate haben, die verwertbar sind.“

Flüchtlinge müssen „verwertbar“ sein

Flüchtlinge sollen also „verwertbar“ sein. Vielleicht sollte das mal jemand den privaten Seenotrettern mitteilen? Wir werden ja bislang darüber belehrt, dass Flüchtlinge per se ein Recht haben sollen, in Deutschland dauerhaft leben zu können.

Doch es kommt noch besser, denn der bereits erwähnte Bernd Raffelhüschen kommt am Ende der Dokumentation tatsächlich mit einer Position zu Wort, für die jeder andere, der nicht einen Professorentitel trägt, sehr wahrscheinlich der gesellschaftlichen Ächtung anheimgestellt würde. Unser Höhepunkt Nummer zwei dieser Doku:

„Eins ist klar: Jede Million Zuwanderer, die unqualifiziert und nicht wirklich jung sind, kostet uns zwischen zehn und zwanzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes, mit Sicherheit. Wenn wir uns also im Grunde genommen weiterhin nicht darauf einigen, diese Zuwanderung nach Europa zu steuern, und zwar nach den Kriterien jung, fertil und entsprechend qualifiziert – dann werden wir grosse Teile unserer Wirtschaftskraft darauf verwenden, die Sozialsysteme für diese Menschen bereitzustellen.“

Für alle, die es nicht wissen: Das Wort „fertil“ bedeutet „fruchtbar“ und meint damit die Zeugungs- und Gebärfähigkeit. Es sei sicherheitshalber klargestellt, dass Bernd Raffelhüschen nicht etwa ein Mitglied oder wissenschaftlicher Berater der AfD ist. Er wurde bislang vor allem als Sprachrohr der vom Arbeitge-

berverband Gesamtmetall gegründeten und finanzierten Lobbyorganisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) und ihres wissenschaftlichen Feigenblatts des IW Köln (Institut der deutschen Wirtschaft) bekannt. In diesem Zusammenhang ist er mitverantwortlich für die zweifelhaften Segnungen der Hartz-Gesetzgebung. Besonders aber für **die drastischen Änderungen der Rentenformel und die Propagierung der privaten Rentenversicherung**. Davon war natürlich wieder einmal keine Rede. Raffelhüschen konnte als „normaler“ Wirtschaftswissenschaftler auftreten.

Einwanderung nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern denen der Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund ist auffallend, mit welcher Tonart die Dokumentation auf Raffelhüschen zusteuert:

„Anders als Kanada und die USA hat Deutschland kein Einwanderungskonzept, das auf die Bedürfnisse einer Industrienation mit alternder Gesellschaft ausgerichtet ist.“

Wir lernen: Einwanderung muss sich also nicht auf die Bedürfnisse der dort lebenden Bevölkerung ausrichten, sondern auf die Bedürfnisse der Industrie. Diese Industrie hat kein Interesse daran, dass in der Migrationsdebatte endlich zur Sprache kommt, dass eben nicht primär der Durchschnittsverbraucher verantwortlich ist für Fluchtursachen und Wirtschaftsmigration, sondern die politischen und unternehmerischen Entscheidungen eben dieser Industrie. Denn nicht der Durchschnittsverbraucher entscheidet, den Senegalesen das Meer leer zu fischen und unfaire „Freihandels“-Abkommen zu schliessen, die eine Einbahnstrasse für beispielsweise die hochsubventionierte EU-Agrarlobby sind, die afrikanische Bauern bedroht. Es sind auch nicht die deutschen Durchschnittsverbraucher, die den afrikanischen Staaten Waffen und Munition verkaufen oder ganz diskret die Konten für die geraubten Volksvermögen afrikanischer Potentaten in europäischen Banken führen.

Vielleicht ist das die Erklärung dafür, dass in dieser Dokumentation zwei Schlüsselaussagen aufgeführt werden, die hierzulande regelmässig als **Argumente rechtsextemer Kreise** identifiziert werden. Doch es sind ein afrikanischer Migrationsforscher und ein afrikanischer Arzt und Politiker, die erklären, dass Afrika kein Recht habe, die Kolonialzeit für die strukturelle Armut auf dem Kontinent verantwortlich zu machen, und dass Korruption in den afrikanischen Staaten einer der wesentlichen Migrationsgründe ist.

Richtungswechsel in der Argumentation? Afrika doch mit schuldig an Fluchtursachen?

Wir zitieren diese Aussagen deshalb wortwörtlich, weil wir die Annahme wagen, dass dies in dieser Deutlichkeit bislang im öffentlich-rechtlichen deutschen Fernsehen so noch nicht ausgestrahlt wurde. Da ist zunächst Dr. Prince K. Afriyie aus Ghana, der in München zum Chirurgen ausgebildet wurde, in seine Heimat zurückkehrte und dort seitdem versucht, das Gesundheitssystem auf Vordermann zu bringen. Afriyie geht in der Dokumentation mit seinen Landsleuten, ganz generell mit allen Afrikanern hart ins Gericht:

„Nach dem Krieg gab es in Deutschland den Marshall-Plan. Das Land war in Schutt und Asche. Ghana hat den Krieg, den die Deutschen gesehen haben, nie gesehen. Es gab keinen Krieg und auch keinerlei Teilung in Ghana. Also: Welches Recht haben wir Afrikaner, uns zu beschweren? Ist es **wegen des Sklavenhandels**? Wann wurde der Sklavenhandel beendet? Also welches Recht haben wir zu sagen: Weil wir den Sklavenhandel hatten, sind wir arm? Vielleicht sind wir faul, vielleicht wollen wir nicht auf das verzichten, was auch immer wir heute tun könnten, um unseren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen? Vielleicht sind das die Gründe?“

Der schon erwähnte ghanaische Migrationsforscher Josef Kofi Teye stösst kurz danach ins gleiche Horn:

„Ich habe immer gesagt, dass die afrikanischen Regierungen dafür verantwortlich sind. Wenn wir beispielsweise die Korruption reduzieren würden, wäre das Leben für die Menschen relativ gut. Ich spreche von ihrem sozialen Umfeld. Die Menschen wandern auch deshalb aus, weil sie Dinge im Fernsehen sehen. Ein Phänomen, das wir Ikonokopia von Europa nennen, wie goldene Strassen und funktionierende Wasserleitungen und funktionierender Strom. Man hat eine Menge Korruption in Afrika, in Afrika sind die Regierungen sehr korrupt. Wenn man die Migration ins Visier nehmen will, sollten wir nicht nach Europa schauen, sondern uns fragen, was wir für unsere eigenen Leute tun.“

Am Ende ist man weniger überrascht, dass in der Doku mit einer gewissen Gnadenlosigkeit eine Reihe gescheiterter Migrationsbiographien geschildert werden, die eine unmissverständliche Botschaft verbreiten: Bleibt besser in euren Heimatländern, denn in Deutschland habt ihr eigentlich keine Chance.

Die Überraschung ist, dass die Autoren beinahe alle wesentlichen **Ursachen für die Armutsmigration** unserer Tage benannt haben, aber am Ende dann doch das Lied der deutschen Industrieverbände singen, die einen Nützlichkeitsrassismus propagieren bzw. tatsächlich auch die Reproduktionsfähigkeiten von Zuwanderern im Blick haben. Natürlich nur zur Sicherung unserer Sozialsysteme und zur Behebung des Arbeitskräftemangels.

Die sozialen Sicherungssysteme werden zuallererst in Deutschland selbst bedroht

Doch das sind eben nicht die wahren Ursachen für Migration heute und die Probleme, die sie in Deutschland verursacht. Die deutschen sozialen Sicherungssysteme sind nicht so sehr wegen sinkender Geburts-raten der deutschen Wohnbevölkerung bedroht. Die deutschen Sozialversicherungssysteme sind vor al-lem bedroht von einer explodierenden Niedriglohnwelt, denn mit Armutslöhnen kann natürlich auch nur weniger in die Kassen eingezahlt werden. Und diese Kassen sind nicht zuletzt auch davon bedroht, dass sich die Spitzenverdiener dieser Republik durch die asoziale Beitragsbemessungsgrenze legal von der solidarischen Finanzierung der Sicherungssysteme verabschieden können.

Die Statistiken belegen es seit Jahren. Die Mehrheit der Migranten in Deutschland verfügt nicht **über „verwertbare“ Bildung und Ausbildung**. Diese Dokumentation bestätigt es. Die Mehrheit der Migranten wird in Deutschland in Billiglohnjobs schamlos ausgebeutet, mit entsprechend geringen bis komplett ausfallenden Zahlungen in die Sozialkassen. Und der Fachkräftemangel hat auch damit zu tun, dass manche deutschen Unternehmen so profitgeil geworden sind, dass sie sich die Kosten für die Heranbil-dung des Nachwuchses sparen und stattdessen an den Bildungs- und Ausbildungskosten anderer Staa-ten schmarotzen, was sie als Notwendigkeit von Zuwanderung wegen „Fachkräftemangels“ beklagen. Der Fachkräftemangel im Pflegebereich beispielsweise hat vor allem damit zu tun, dass die deutsche Poli-tik mit voller Absicht auch den Bereich Gesundheit den Profitinteressen einer Minderheit unterordnet, was eben dazu führt, dass daran gespart wird, was das wesentliche Element dieses Bereiches ist, nämlich am Menschen.

Dass Menschen in Afrika ihre Staaten verlassen mit der unauslöschbaren Vision, dass ihr Leben in Europa besser sei als in ihrer Heimat, hat vor allem mit einer Tatsache zu tun, die in der Dokumentation nur angeschnitten wird: Der hohen Geburtenrate vor allem afrikanischer Staaten und dem Überhang von arbeitslosen, jungen Männern im heiratsfähigen Alter, die in Gesellschaften leben, die einen entsprechenden Erwartungsdruck aufbauen, dem sich die jungen Männer nicht entziehen können oder wollen, aber dem sie nicht entsprechen können, weil die ökonomische Situation ihrer Heimat ihnen brutal ihre Perspektivlosigkeit offenbart. An der enormen Geburtenrate aber sind nicht deutsche Durchschnittsverbraucher schuld.

Einer der weiteren wesentlichen Gründe für den Migrationsdruck gerade aus Afrika, der auf dem Problem des ungebremsen Bevölkerungswachstums aufsetzt, sind komplett unfaire Bedingungen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und afrikanischen Staaten, die es unmöglich machen, dass diese Staaten in Größenordnungen einigermaßen **attraktive Lebensbedingungen für ihre Bevölkerung** und vor allem für die migrationswillige Jugend bieten können.

Fluchtursache Nummer 1 heisst Kapitalismus und Profitlogik, die alle Lebensbereiche vergiftet

Und diese Bedingungen hören sowohl in Afrika als auch in der EU und in Deutschland auf zwei magische Worte: Globalisierung und Kapitalismus. Dass keines dieser beiden Wörter auch nur einmal in dieser Dokumentation genannt oder thematisiert wird, ist irgendwie bezeichnend. So macht auch diese Dokumen-tation das, was hierzulande täglicher Narrativ in beinahe allen Medien ist: Nicht gesellschaftliche Ursa-chen sind verantwortlich, sondern einzelne Menschen. Wir kennen das. Es ist das Credo der Hartz-Gesetzgebung: Jeder Mensch ist selbst schuld an seiner Arbeitslosigkeit und muss dafür bestraft werden. Einen der Propagandisten dieses neoliberalen Denkens hatte die Dokumentation im Programm. Was in die anderen Protagonisten gefahren ist, wird vielleicht noch irgendwann klarer. Ein Augen- und Ohrenöff-ner ist diese Dokumentation in jedem Fall.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20190906325702984-zdf-doku-wirtschaftsmigranten/>

„Rechtsbruch der offenen Grenzen“ ein Mythos? – Die Methoden juristischer Zuarbeiter der Macht

hwludwig Veröffentlicht am 11. September 2019

Herrscht in bezug auf die offenen Grenzen, über die – nicht erst seit 2015 – Millionen Migranten und Flüchtlinge unkontrolliert ins Land strömen, das Unrecht oder das Recht? Auch wenn die Inhaber der Macht und ihre juristischen Zuarbeiter das Recht für sich behaupten und inzwischen irreversible Tatsachen geschaffen haben, ist es von grosser Wichtigkeit, sich klar zu machen, wie die wahre Rechtslage ist und mit welchen Mitteln die Advokaten der Macht arbeiten, um den Schein des Rechts zu wahren.

Es stehen sich in der Rechtswissenschaft im Wesentlichen zwei Lager gegenüber. Auf der einen Seite sind es ältere konservative Professoren und ehemalige Verfassungsrichter, die an der Voraussetzung festhalten, dass das Grundgesetz die Abgabe wesentlicher Souveränitätsbestandteile des deutschen Staates an die EU nicht zulasse und deutsches Recht insoweit Vorrang vor EU-Normen habe. Auf der anderen Seite

agieren jüngere, karrierebewusste Juristen, die mit den Bestrebungen der deutschen und europäischen politischen „Eliten“ konform gehen und argumentativ unterstützen, einen EU-Bundesstaat zu schaffen, in dem die europäischen Staaten aufgehen und ihre völkerrechtliche Souveränität verlieren sollen; sie streben daher danach, das nationale Recht möglichst durch das EU-Recht zu verdrängen.

Diese jeweilige Grundeinstellung muss man kennen und im Hinterkopf haben, um zu verstehen, warum die Vertreter der beiden Lager bei der Auslegung nicht eindeutiger EU-Vorschriften so oder so argumentieren. Und das vielschichtige, komplizierte EU-Recht ist vielfach unklar und widersprüchlich formuliert – man könnte meinen, es sei geradezu eine Absicht dahinter. Einzelne Normen bedürfen oft einer Interpretation, die aus dem Gesamtzusammenhang mit anderen EU-Vorschriften und dem konkurrierenden nationalen Recht gewonnen werden muss. Wie man da zu ganz gegensätzlichen Ergebnissen kommt, soll nachfolgend aufgezeigt werden.

Eine linke polemische Generalabrechnung

Vor kurzem haben zwei Journalisten, die beide Juristen, aber nur journalistisch tätig sind, ein Buch veröffentlicht, in dem sie eine grosse Abrechnung mit den Vertretern der These des Rechtsbruchs und der Herrschaft des Unrechts führen.¹ Diese These sei kein objektiver Befund der Wissenschaft, sondern eine Legende, ein Mythos. Sie habe *„eine Schneise der Radikalisierung durch das deutsche Parteiensystem gezogen“*. Man habe *„Geister beschworen“*, die man bald nicht mehr kontrollieren können. Diese hätten seit 2015 nicht mehr aufgehört, *„Schwall um Schwall Wasser auf die Mühlen der AfD und der nationalpopulistischen Rechten zu füllen – Mühlen, in denen eben das zermahlen wird, worum es den Anklägern angeblich geht, nämlich die Herrschaft des Rechts.“* Es gehe – *„70 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes – um die freiheitliche und rechtsstaatliche Verfassung des Landes.“*

Hier werden grosse Geschütze aufgeföhren, deren Geschosse wie das zuletzt genannte aber aus dem Munde von Leuten merkwürdig klingen, deren Rechtsauffassung zur Masseneinwanderung die Verfassung des Landes insoweit gerade ausser Kraft setzt, die „freien“ Bürger vor vollendete Tatsachen stellt und ihnen ungefragt soziale Lasten, zusätzliche Kriminalität, nichtintegrierbare Parallelgesellschaften, zunehmenden Verlust der inneren Sicherheit und den absehbaren Status der Minderheit im eigenen Land beschert.

Das Buch ist keine saubere rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung, sondern eine durchgehende links-politische Polemik. Zwar wird auf die rechtlichen Argumente des anderen Lagers in gewisser Weise eingegangen, aber nie vollständig, und immer werden die gegnerischen Rechtswissenschaftler dabei persönlich in ein abschätziges Licht gestellt. Die übliche Methode des Mainstream-Journalismus eben.

So wird der Privatdozent Dr. habil. Ulrich Vosgerau, der den Ausdruck von der „Herrschaft des Unrechts“ geprägt hat, von den Autoren als jemand bezeichnet, der in der Fachwelt als *„exzentrischer und ideologisch überdrehter Aussenseiter“* gelte, *„als komischer Kauz mit Ansichten am rechten Ende des politischen Spektrums“*, als *„akademisch gescheiterte Existenz“*. – Von vorneherein sollen mit dieser persönlichen Diskreditierung – in „rechtswissenschaftlicher Sachlichkeit“ – seine rechtlichen Argumente diskreditiert werden.

Das Schengener Abkommen

Einig sind sich beide Lager darüber, dass die bundesdeutsche Rechtslage von Bestimmungen der EU überformt wird, d.h., dass nationale Rechtsvorschriften, insoweit sie bestimmten Vorschriften des Europarechts widersprechen, nicht anzuwenden sind.

Eine wichtige Überformung ist das Schengen-Abkommen, wonach an EU-Binnengrenzen generell keine systematischen Grenzkontrollen mehr durchgeführt werden sollen.

Dies wird nun von den beiden Autoren als das Aufgeben eines wesentlichen Teils der Staats-Souveränität zu Gunsten der EU hochstilisiert. Wenn Staatsrechtsprofessoren wie der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Rupert Scholz immer wieder nach klassischer Lehre betonten, ein Staat, der seine Grenzen aufgabe, gebe ein Stück seiner Staatlichkeit insgesamt auf, so hätten *„die Vertragsstaaten des Schengener Abkommens einen wesentlichen Teil dessen, was bis dahin ihre Souveränität ausgemacht hatte, längst auf die europäische Ebene übertragen“*. Mit dem Wegfall kontrollierter Binnengrenzen hätten sich in der Mitte Europas zwar nicht die Staaten aufgelöst, *„wohl aber die sichtbare und exklusive Verknüpfung von Staatsgebiet und Staatsgewalt.“* Die Gründergeneration der europäischen Integrationsbewegung habe das einst so gewollt, ihr sei es darum gegangen, *„die traditionellen Nationalstaaten und ihre Konflikte, die sich an ihren Grenzen immer wieder blutig entzündet hatten, in einem vereinten Europa hinter sich zu lassen“* (Anm. 1, S. 42, 41).

Es ist Wunschdenken, aber keine Realität, dass die Mitgliedstaaten ihre Staatsgewalt über die Grenzen aufgeben hätten. Sie haben im Inneren der EU auf Grenzkontrollen verzichtet, aber die Grenzen bestehen nach wie vor und können von ihnen jederzeit wieder geschlossen werden, wozu z.B. auch Artikel 23

des Schengener Abkommens „im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit“ die Möglichkeit bietet.

Die beiden Autoren behaupten nun, aufgrund des Schengener Abkommens seien „die Grenzen in der Mitte Europas ... für alle offen“ gewesen. „Für niemanden musste (ab 26. März 1995) ... mehr eine Grenze geöffnet werden.“ (S. 43)

Die Grenzen sind rechtlich gesehen nur für die EU-Bürger offen gewesen und für solche Menschen aus Drittstaaten, die ein entsprechendes Visum erhalten haben. Für alle anderen, die in Scharen illegal in die EU-Aussengrenzen eingedrungen waren, hätten sie auch physisch geschlossen werden müssen.

Die Autoren ignorieren, dass das Schengener Abkommen nur für EU-Bürger gilt und nur unter der Voraussetzung gesicherter und kontrollierter EU-Aussengrenzen abgeschlossen wurde. So heisst es auf „EU-Info.Deutschland“ zum Schengener Abkommen: „Strenge Personenkontrollen an den Aussengrenzen sind in der Logik der Vereinbarungen von Schengen ein wichtiges Gegengewicht zum Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen.“³

Das bedeutet, dass die Binnengrenzen selbstverständlich wieder zu kontrollieren sind, wenn die Kontrolle der Aussengrenzen versagt, weil dann illegal Menschen in die EU-Staaten eindringen, für die das Schengener Abkommen nicht gilt. Und so stellt auch der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Udo Di Fabio fest:

„Das Grundgesetz setzt die Beherrschbarkeit der Staatsgrenzen und die Kontrolle über die auf dem Staatsgebiet befindlichen Personen voraus. ... Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen im Sinne der demokratischen Wesentlichkeitsrechtsprechung nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.“⁴

Und der Staats- und Europarechtler Ulrich Vosgerau konstatiert, dass „die Freizügigkeit im Rahmen des Schengen-Raumes von Anfang an nur für Bürger der EU-Staaten sowie für sonstige Personen gilt, die im Besitz eines Schengen-Visums sind. Wer als visumpflichtiger Drittstaatsangehöriger nicht im Besitz eines gültigen Reisedokuments und eines Schengen-Visums ist, darf gemäss Art.14 i.V.m. Art. 6 der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) EU-Binnengrenzen nicht überschreiten und muss an einer Binnengrenze also zwingend zurückgewiesen werden, und dies gilt unabhängig davon, ob oder wo er einen Asylantrag zu stellen gedenkt (...). Das Verbot des Überquerens von EU-Binnengrenzen für Personen ohne Schengen-Visum bestand nämlich unabhängig vom deutschen oder europäischen Asylregime auch vorher schon. ...“⁵

Die Bundesregierung hätte also schon in den Jahren vor 2015, wo bereits jährlich über hunderttausend Flüchtlinge und Migranten illegal nach Deutschland strömten (2014 waren es 238 676)⁶ nach deutschem Recht die Grenzen schliessen und kontrollieren müssen; das Schengener Abkommen steht dem in Wahrheit nicht entgegen.

Schon danach ist es ein Rechtsbruch, Millionen von zumeist auch noch überwiegend Wirtschaftsmigranten unkontrolliert ins Land strömen zu lassen.

Die Dublin-III-Verordnung

Das deutsche Asylrecht nach Art. 16a Grundgesetz und § 18 Asylgesetz steht nicht in Widerspruch zur Dublin-III-Verordnung, die eine grundsätzliche Zuständigkeit des EU-Ersteinreisestaates für das Asylverfahren vorschreibt. Nach nationalem Recht wie nach EU-Recht bestehen immer dann, wenn Asylbewerber in die Bundesrepublik einreisen wollen – da sie von lauter sicheren EU- oder Drittstaaten umgeben ist –, Anhaltspunkte für die Zuständigkeit eines anderen Staates gemäss § 18 Abs. 2 Nr. 2 AsylG, so dass die Asylbewerber auch in voller Übereinstimmung mit der Dublin-III-Verordnung an der Grenze zurückzuweisen sind.

Nun machen die Autoren geltend, dass die Dublin-III-Verordnung mit dem sogenannten Selbsteintrittsrecht nach Art. 17 den Mitgliedstaaten ausdrücklich die Möglichkeit einräume, selbst Asylverfahren durchzuführen, für die an sich die Ankunftsländer zuständig sind. Darauf hätten sich auch bereits im August 2015 Sprecher des Innenministeriums und des Aussenministeriums berufen (S. 59). Und der Europäische Gerichtshof habe in seinem Urteil vom 26.7.2017 zwar entschieden, dass der Massenansturm 2015 keine Ausnahme von der generellen Zuständigkeit des Ersteinreiselandes erzwingt, ob humanitär oder grenzverteidigend; wenn ein Staat die Flüchtlinge ins Land lasse, mache dies die Einreise nicht legal. Doch stelle „das Europarecht verschiedene Druckventile bereit ... – unter anderem, dass andere Mitgliedstaaten `im Geist der Solidarität` ihren Selbsteintritt erklären und den eigentlich zuständigen, aber rettungslos überforderten Staaten auf der Balkanroute einen Teil ihrer Last abnehmen. Also genau das, was die Bundesregierung im Sommer 2015 getan hatte“ (S. 146).

Demgegenüber weist Dr. Vosgerau darauf hin, „dass die BRD durch die verfassungsrechtliche Grundentscheidung aus Art. 16a Abs. 2 GG eine mögliche Ausübung des unionsrechtlichen Selbsteintrittsrechts bereits

verfassungsrechtlich ausgeschlossen hat. Die freiwillige Übernahme fremder Asylverfahren mag unionsrechtlich unter Umständen erlaubt sein, ist aber in Deutschland verfassungsrechtlich nicht statthaft. ...

Unabhängig davon bezieht sich das unionsrechtliche Selbsteintrittsrecht jedoch jedenfalls immer nur auf ausnahmehafte Einzelfälle, in denen die Identität sowie die Lebens- und Fluchtgeschichte eines Asylbewerbers zweifelsfrei geklärt sind. ... Keinesfalls aber gibt es ein 'General-Selbsteintrittsrecht'; die Exekutive kann schon aus rechtsstaatlichen Gründen niemals ein Selbsteintrittsrecht zugunsten bereits zahlenmässig unbekannter, unidentifizierter und häufig mangels Reisedokumenten auch nicht zu identifizierender Menschenmengen unklarer Herkunft aussprechen.“⁷

Es sei auch nicht richtig, dass der EuGH in seiner Entscheidung vom 26. Juli 2017 die Grenzöffnung der Bundesregierung unter Verweis auf das Selbsteintrittsrecht der Dublin-III-Verordnung gerechtfertigt habe. „In dieser Entscheidung wird vielmehr dargelegt, dass die europäische Asylzuständigkeitsordnung sich während der Asylkrise immer und unverbrüchlich in Geltung befunden habe und einzuhalten gewesen sei. Es wird in der Entscheidung v.a. klargestellt, dass Asylbewerber, die von einem EU-Mitgliedstaat A eingelassen und gleich an die Grenze von Mitgliedstaat B weiter transportiert werden, in diesen Mitgliedstaat B nach wie vor „illegal“ einreisen, auch wenn dieser es duldet, was schon klar die These der Bundesregierung widerlegt, die Grenzöffnung habe mit „Gesetz und Recht“ in Einklang gestanden. Nur im Rahmen eines 'obiter dictums'⁸ und in einer einzigen Randnummer (Rn. 100) erwähnt der EuGH im Rahmen einiger allgemeiner Erwägungen zu möglichen Durchbrechungen der unionalen asylrechtlichen Zuständigkeitsordnung im Einzelfall eben auch das Selbsteintrittsrecht. Von einer allgemeinen Rechtfertigung der Politik der Bundesregierung kann in diesem Zusammenhang aber nicht die Rede sein.“⁹

Prüfungspflicht Deutschlands?

Kommt man an der generellen Zuständigkeit des EU-Ankunftslandes für das Asylverfahren nicht vorbei, so bietet Art. 3 der Dublin-III-VO den Befürwortern der grenzenlosen Massenzuwanderung noch die Möglichkeit, daraus für Deutschland wenigstens die Pflicht zu konstruieren, die Asylbewerber – und alle suchen ja Einlass mit dem Zauberwort „Asyl“ – erst mal ins Land zu lassen, um zu prüfen, welcher Staat denn für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sei und die Bewerber dann an diesen zu überstellen.

Die Autoren zitieren dazu den ersten Satz von Art. 3 Abs. 1, der lautet:

„Die Mitgliedstaaten prüfen jeden Antrag auf internationalen Schutz, den ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einschliesslich an der Grenze oder in den Transitzonen stellt“ (S. 136) und folgern daraus: „Wenn ein Flüchtling an die deutsch-österreichische Grenze kommt und deutsche Grenzpolizisten um Schutz bittet, dann müssen sie erst einmal prüfen, wer dafür zuständig ist (Art. 20 Abs. 1 Dublin-VO). Ist es Deutschland? Wenn nein, wer dann? Hat er schon woanders Asyl beantragt? Wo hat er Familienangehörige? Wo ist er in die EU eingereist? Bevor das nicht geklärt ist, können sie den Flüchtling nicht wegschicken, § 18 Asylgesetz hin oder her (der eine prüfungslose Zurückweisung vorschreibt, hl).“

Nun haben aber die sauberen Journaljuristen den nachfolgenden zweiten Satz von Abs. 1 des Art. 3 der Dublin-VO einfach weggelassen, der festlegt, welche Mitgliedstaaten für die Antragsprüfung gemeint sind: „Der Antrag wird von einem einzigen Mitgliedstaat geprüft, der nach den Kriterien des Kapitels III als zuständiger Staat bestimmt wird.“

Art. 3 Abs.1 der Dublin-VO betrifft also die Mitgliedstaaten, die für das Asylverfahren zuständig sind: in der Regel die Grenzstaaten, in denen der Asylbewerber zuerst EU-Boden betritt. Sie müssen den Antrag prüfen, den ein Asylbewerber in ihrem Hoheitsgebiet „einschliesslich an der Grenze (welche die EU-Aussengrenze ist, hl.) oder in den Transitzonen stellt.“

Es ist unzulässig, Art. 3 Abs. 1 einfach auch an EU-Binnenstaaten wie Deutschland anzuwenden; das widerspricht dem eindeutigen Wortlaut.

Dr. Vosgerau begründet dies aus noch folgenden Erwägungen:

„Denn mit dem Wort 'Grenze' ist in der Vorschrift die Unionsgrenze gemeint, nicht aber mitgliedstaatliche Binnengrenzen. Dies folgt schon aus der Zielsetzung in Art.78 Abs.1 AEUV, 'die Union entwickelt eine gemeinsame Politik im Bereich Asyl...', und aus dem 2. Erwägungsgrund der Dublin-III-Richtlinie, nach dem wiederum 'die Union' allen offenstehen soll, die rechtmässig um Schutz nachsuchten – also: 'die Union', aber nicht jeder ihrer Mitgliedsstaaten nach freier Wahl und an jeder Binnengrenze! Die mögliche Überquerung von Binnengrenzen durch Asylbewerber ist nicht in Art.3, sondern in Art.20 der Dublin-III-Verordnung geregelt. Dessen Abs. 1 lautet zwar:

'Das Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats wird eingeleitet, sobald in einem Mitgliedstaat erstmals ein Antrag auf internationalen Schutz gestellt wird',

Abs.4 stellt aber klar:

'Stellt ein Antragsteller bei den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats einen Antrag auf internationalen Schutz, während er sich im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhält, obliegt die Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Antragsteller aufhält.'“

– Wenn hier eingewandt wird, Abs. 4 sei für reguläre Anträge in Botschaften und Konsulaten gedacht, so muss dies erst recht für illegale Zuwanderer gelten, die über die Grenzen ins nächste Land stürmen wollen. –

Damit gilt: wer sich in einem sicheren Drittstaat befindet, und an der deutschen Grenze Asyl beantragt, der muss auch zur Prüfung des richtigerweise zuständigen Ersteinreisestaates nicht nach Deutschland eingelassen werden, sondern er ist an der Grenze abzuweisen, und der richtigerweise zuständige Ersteinreisestaats ist in demjenigen sicheren Drittstaat zu ermitteln, in dem er sich bereits befindet.

Für die Richtigkeit dieser Auslegung spricht ja auch schon der gesunde Menschenverstand: denn wäre es anders und gäbe es eine Einlasspflicht zur Zuständigkeitsüberprüfung an jeder EU-Binnengrenze, dann würde ja in der Tat das gesamte EU-Asylzuständigkeitsregime wie auch das Schengen-Regime auf den Kopf gestellt, da ja dann wieder von einer allgemeinen Reisefreiheit aller Asylbewerber durch ganz Europa auszugehen wäre und weiter von einer freien Wahl des erstzuständigen Staates. Beides soll es aber nach dem geltenden Recht gerade nicht geben.

Weiterhin wäre es für beliebte Ersteinreisestaaten wie Griechenland, Italien oder Ungarn dann in der Tat politisch sinnvoll, Asylbewerber gar nicht erst zu registrieren, sondern in Richtung Deutschland durchzuwinken und im übrigen so schlecht zu behandeln, dass man trotz eigentlich bestehender rechtlicher Zuständigkeit keine Asylbewerber mehr in die fraglichen Ersteinreisestaaten zurückführen kann, weil Deutschland dann im Zweifelsfall immer eine Ersatzzuständigkeit im Hinblick auf die Asylbewerber treffen würde, die zwar einreisen dürften, aber nicht wieder zurückgeführt werden können. Dies entspricht aber gerade nicht dem telos (Ziel) der Dublin-III-Verordnung.“

Ausserdem wird dann Deutschland nach Ablauf der 3-Monatsfrist, innerhalb derer die Behörden des zuständigen Landes einzuschalten sind, auch formal selbst zuständig, was wegen der Masse in der Regel nicht zu verhindern und laufende Realität ist.

Dies mit windigen, unsauberen und sophistischen Interpretationen des EU-Rechts herbeizuführen, ist aber die offensichtliche Intention der Autoren und ihrer Gesinnungsgenossen.

Wenn alle EU-Staaten von der Aussengrenze bis an die Grenzen Deutschlands die Dublin-III-VO missachten und umfallen wie Dominosteine: Die Bundesregierung bleibe aufrecht, stehe zu ihren Verpflichtungen aus dem EU-Recht und nehme die Flüchtlingsströme auf.

Grenzkontrollen mit Kontrollverbot

Die Bundesregierung wird von den Autoren durchaus kritisiert, aber deswegen, weil sie nicht offen und klar ihre europarechtskonforme Rechtsauffassung vertreten, sondern sich widersprüchlich geäußert und so Spekulationen der „Zauberlehrlinge“ Tür und Tor geöffnet habe. In den ersten zwei Septemberwochen 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, sei sich Innenminister de Maizière nach Beratungen mit den Landesinnenministern, den Rechtsexperten im Hause sowie Merkel und Altmaier klar gewesen, dass eine vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen wegen ernsthafter Bedrohung der Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung nach der Schengener Ausnahmeregelung notwendig sei. (Unabhängig davon war sie ja wegen der offenen EU-Aussengrenzen schon lange zwingend, s.o.) Doch habe de Maizière auch gewusst, dass „eine Zurückweisung von Schutzsuchenden an der Grenze“ „im Widerspruch zum Konzept des Dublin-Vertrages“ stehe (S. 76). „Einfach an der Grenze abweisen durfte man nur Menschen, die kein Asyl in Deutschland beantragten.“ (S. 78) (So dumm war und ist natürlich keiner, der nach Deutschland will, dass er dieses Zauberwort nicht gebraucht. hl.) „Merkel und de Maizière dürften sich einig gewesen sein: Unter diesen Umständen konnte es politisch keine gewaltsame Abriegelung der Grenzen und rechtlich keine Zurückweisungen im Rahmen der geplanten Kontrollen geben.“

Das habe heftigen Protest der Sicherheitsexperten wie Bundespolizeipräsident Dieter Romann hervorgeufen, und auch in der Union hätten Polizeiexperten kritisiert, was Grenzkontrollen denn bewirken sollten, wenn sie nicht auch die Entscheidung darüber ermöglichten, wer in das Land einreisen darf und wer nicht (S. 83). Wie wahr!

Nun stimmt es nicht, dass de Maizière der Auffassung gewesen sei, eine Zurückweisung an der Grenze stehe im Widerspruch zur Dublin-Verordnung der EU. Denn in dem Erlass vom 13. September 2015, mit dem er die vorübergehende Aussetzung des Schengener-Abkommens und die Wiedereinführung der Grenzkontrollen anordnete, heisst es:

„Ziel dieser Massnahme ist es, den derzeitigen Zustrom nach Deutschland zu begrenzen und wieder zu einem geordneten Verfahren bei der Einreise zurückzukehren. (...) Nach dem geltenden europäischen Recht ist Deutschland für den allergrössten Teil der Schutzsuchenden nicht zuständig. (Hervorhebung hl.) Das Dublin-Verfahren und die Eurodac-Regelungen gelten unverändert fort und ich fordere, dass sich alle europäischen Mitgliedsstaaten daran halten. Das heisst, dass der zuständige Mitgliedstaat Asylsuchende nicht nur registriert, sondern auch das Asylverfahren durchführt.“¹¹

Nach diesem Erlass, der bis heute gilt, müssten die nationalen Vorschriften, die Zurückweisungen von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten vorschreiben, vollumfänglich angewendet werden. Das geschieht aber

nicht, weil de Maizière in einem gleichzeitigen Geheimerlass der Bundespolizei die Anwendung der deutschen Asylvorschriften verboten hat. Über die angebliche Existenz eines solchen „Geheimerlasses“ machen sich die beiden Autoren seitenlang lustig. Dieser könnte sich nur auf § 18 Abs. 4 des Asylgesetzes stützen, nach dem „von der Einreiseverweigerung oder Zurückweisung im Falle der Einreise aus einem sicheren Drittstaat abzu- sehen“ sei, wenn „das Bundesministerium des Inneren es aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland angeordnet“ habe. Nur existiere ein solcher „Geheimerlass“ nicht. Ihn habe niemand je zu Gesicht bekommen. Er sei wieder eine Legende. Aber er existiert. Auf Anfrage des Schriftstellers Dr. Frank Haubold teilte ihm das Bundesministerium des Inneren schriftlich mit:

„Herr Minister Dr. de Maizière hat am 13. September 2015 entschieden und dem Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums mündlich mitgeteilt, dass Massnahmen der Zurückweisung an der Grenze mit Bezug auf um Schutz nachsuchende Drittstaatsangehörige derzeit nicht zur Anwendung kommen. Eine schriftliche Anordnung des BMI gibt es nicht. Die Entscheidung wurde im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung getroffen. Die bisherige Verfahrensweise kommt weiterhin zur Anwendung und ist zeitlich nicht befristet.“ Sieh hier.

Eine solche nicht-schriftliche, nicht-veröffentlichte Anordnung, wie man sie nur von Diktaturen kennt, ist natürlich rechtsstaatswidrig und absolut unzulässig. Sie käme auch inhaltlich „nur im Hinblick auf begründete Einzelfälle in Betracht, in denen die Identität und das bisherige Lebens- und Fluchtschicksal des Begünstigten zweifelsfrei feststehen. ... Ein massenhafter exekutiver Gesetzesdispens gegenüber völlig unbekanntem (und mangels Pass auch niemals eindeutig zu identifizierender) Personen käme hingegen schon aus rechtsstaatlichen Gründen (Vorrang des Gesetzes) von vornherein nicht in Betracht.“¹²

Diese Anordnung konnte de Maizière nur geheim und mündlich erteilen, da sie ja den Erlass zur Grenzkontrolle vom selben Tag, der gross zur Beruhigung der Bevölkerung veröffentlicht wurde, hinterrücks konterkariert, also unwirksam und zur Farce macht. Was die Durchführung des rechtlich einwandfreien und notwendigen Erlasses zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen verhindert hätte, sollte durch die geheime Anordnung an die Bundespolizei erreicht werden: das bis heute fortdauernde unbeschränkte Einströmen vielfach nicht identifizierter kulturfremder Menschenmassen. Das ist und bleibt täglicher Rechtsbruch.

Aus den vorstehenden Untersuchungen gehen bereits mehrfache schwere Rechtsbrüche der Bundesregierung hervor, die rechtswissenschaftlich begründen, dass von einer Herrschaft des Unrechts gesprochen werden muss, unter der die einheimische Bevölkerung in vielfacher Hinsicht zu leiden hat und die Deutschland grundlegend negativ verändert.

Ein zweiter, abschliessender Teil dieser Betrachtung wird noch folgen.

1 Stephan Detjen, Chefkorrespondent des Deutschlandfunks, und Maximilian Steinbeis, Betreiber von „verfassungsblog.de“, in dem „verfassungsrechtliche Fragen auch im Kontext der europäischen Integration verhandelt werden“. (Wikipedia): „Die Zauberlehrlinge“, Stuttgart 2019

2 a.a.O., S. 13

3 <http://www.eu-info.de/europa/schengener-abkommen/>

4 Gutachten Prof. Di Fabio, S. 117, 118

5 AfD-Organklage 12.4.2018, S. 22–23

6 de.statista.com

7 Anm. 5, S. 75

8 „Ein obiter dictum (lat. „nebenbei Gesagtes“) ist eine in einer Entscheidung eines Gerichtes geäusserte Rechtsansicht, die nicht die gefällte Entscheidung trägt, sondern nur geäussert wurde, weil sich die Gelegenheit dazu bot.“ (Wikipedia)

9 Anm. 5, S. 73

10 Anm. 5, S. 79-80

11 bmi.bund.de

12 Vosgerau Anm. 5, S. 72

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/09/11/rechtsbruch-der-offenen-grenzen-ein-mythos-die-methoden-juristischer-zuarbeiter-der-macht/>

Japanischer Umweltminister will radioaktives Wasser aus Fukushima in Pazifik leiten

12.09.2019 • 08:09 Uhr. <https://de.rt.com/1z5m>

Der japanische Umweltminister Yoshiaki Harada äusserte Pläne, das Wasser aus dem havarierten Kernkraftwerk von Fukushima direkt in den Pazifischen Ozean abzulassen. Die lokale Fischereigenossenschaft protestiert – die Äusserung zieht aber auch international Kreise.

Die Ausführungen des Ministers seien "angesichts seiner Position unbedacht", sagte Tetsu Nozaki, Leiter der Fischereivertretung von Fukushima. "Ich möchte, dass ruhige Diskussionen geführt werden", fügte er hinzu und merkte an, dass ein zuständiges Regierungskomitee weiterhin darüber berät, wie das Wasser entsorgt werden kann.

Nozaki hat sich konsequent gegen die Freisetzung des Wassers aus dem Kernkraftwerk ausgesprochen. Seit der Havarie der Anlage im Jahr 2011 durch ein Erdbeben und einen Tsunami hat Tepco mehr als eine Million Tonnen kontaminiertes Wasser aus den Kühlrohren gesammelt, die zum Verhindern der Kernschmelze verwendet wurden.

Das Wasser wird derzeit in Tanks auf dem Kraftwerksgelände aufbewahrt, das Versorgungsunternehmen gibt jedoch an, dass bis ins Jahr 2022 kein Platz mehr zur Verfügung stehen wird. Minister Harada sagte bei einer Pressekonferenz:

Die gesamte Regierung wird darüber diskutieren, aber ich möchte meine einfache Meinung äussern. Die einzige Möglichkeit wird sein, es ins Meer abzulassen und zu verdünnen.

Wie viel Wasser ins Meer geleitet werden soll, gab Harada nicht bekannt. Eine endgültige Entscheidung der Regierung über die Entsorgung des verschmutzten Wassers steht noch aus, bis ein Expertengutachten vorliegt. Vertreter von Tepco standen für Kommentare nicht sofort zur Verfügung.

Laut Takayuki Yanai, einem weiteren Vertreter der Fischereigenossenschaft von Fukushima, ist der Marktpreis für Fisch aus der Region allmählich auf das Niveau vor der Atomkatastrophe von 2011 zurückgegangen. Er warnte daher vor unüberlegten Massnahmen. Wenn das Wasser vom Fukushima-Reaktor ins Meer gelange, würden die "Sicherheitsmassnahmen, die wir ergriffen haben, und unsere Verkaufsförderungsbemühungen augenblicklich zunichte gemacht und unsere Geschäfte zerstört".

Auch der japanische Nationale Verband der Fischereigenossenschaften rief den Minister auf, die betreffenden Bemerkungen zurückzuziehen:

Die Auswirkungen der Äusserungen sind unermesslich, was die lokale Fischereiindustrie beunruhigt und schädliche Gerüchte verbreitet.

Das kontaminierte Wasser ins Meer zu leiten, könnte auch den unmittelbaren Nachbarn Südkorea verärgern. Die Regierung in Seoul forderte bereits letzten Monat einen hochrangigen Beamten der japanischen Botschaft auf, zu erklären, wie das Land mit der Flüssigkeit umzugehen gedenkt. Erst Anfang dieses Monats wurden japanische Regierungsvertreter bei einem Treffen mit Botschaftspersonal in Tokio zu dem Versprechen genötigt, die Optionen für den Umgang mit dem kontaminierten Wasser aus dem Werk Fukushima weiterhin zu überdenken.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/asien/92218-japanischer-umweltminister-will-radioaktives-wasser/>

Meinung

Europas ausgewachsenes Stockholm-Syndrom angesichts US-Mobbing

12.09.2019 • 06:45 Uhr. <https://de.rt.com/1z50>

Der als Stockholm-Syndrom bekannte psychologische Zustand, in welchem Geiseln irrational mit den Geiselnern sympathisieren, könnte als Diagnose durchaus auf die europäischen Staatschefs angewendet werden, wenn es um Mobbing seitens der USA geht.

Von Finian Cunningham. Original auf Englisch: Europe's full-blown Stockholm Syndrome in face of US bullying
Cunningham ist ein preisgekrönter Journalist mit vielen Arbeiten zu internationalen Angelegenheiten.

Die USA waren schon immer die dominante – und aktiv dominierende – Partei in den transatlantischen Beziehungen. Doch frühere Regierungen in Washington achteten zumindest darauf, die europäischen Staaten als "Partner" in einem scheinbar gegenseitigen Bündnis nicht allzu sehr zu verprellen.



Europas ausgewachsenes Stockholm-Syndrom angesichts US-Mobbing

Seit Präsident Donald Trump sein Amt antrat, werden die Europäer unverblümt herumgeschubst und in einer Weise eingeschüchtert, die ihren wahren Status als blosse Vasallen Washingtons demonstriert. Beispiel gefällig? Nehmen wir das Projekt Nord Stream 2. Die 1220 Kilometer lange Unterwasser-Pipeline, die die Gaslieferungen nach Europa deutlich erhöhen wird, soll bis zum Jahresende fertig gestellt sein. Der neue Versorgungsweg soll der Wirtschaft der Europäischen Union, insbesondere Deutschlands, zugutekommen, weil über ihn billigere Energieträger für Unternehmen und Wohnhäuser bereitgestellt werden. Doch letzte Woche drohte US-Senator Ted Cruz, dass sein Land "in der Lage ist, das gesamte Projekt zu stoppen". Cruz ist Mitglied des Senatsausschusses für Aussenbeziehungen. Dort wurde im Juli ein Entwurf für ein Gesetz verabschiedet, demgemäss Sanktionen gegen am Bau der Pipeline beteiligte Unternehmen verhängt werden sollen. Deutschland, Österreich, Frankreich und Grossbritannien haben ebenso wie die russische Gazprom Anteil am Baukonsortium.

Ironischerweise trägt der Gesetzesentwurf des US-Senats den Titel "Energiesicherheit Europas schützen". Es ist schon eine seltsame Form von "Schutz", wenn von den USA angedrohte Sanktionen europäischen Unternehmen und Verbrauchern erschwierliches Erdgas vorenthalten sollen. Cruz (wie auch US-Präsident Trump) beschuldigte Russland, versucht zu haben, seinen wirtschaftlichen Einfluss auf Europa zu verstärken. Näher an der Wahrheit – aber auch deutlich zynischer – wäre die Aussage, dass Washington will, dass Europa sein teureres verflüssigtes Erdgas kauft. Texas, wo die grössten Erdgasvorkommen der USA liegen, ist zufällig der Heimat-Bundesstaat von Cruz. Vielleicht sollte sein Gesetzesentwurf ja umbenannt werden – zum Beispiel in "US-Amerikanische Energieträger-Exporte schützen".

In Verbindung damit steht die umfassende Verhängung von Sanktionen durch Washington und Europa gegen Russland seit dem Jahr 2014. Für die Strafmassnahmen gegen Moskau werden mehrere Anlässe angeführt, darunter die angebliche Destabilisierung der Ukraine und die sogenannte "Annexion" der Krim, die angebliche Einmischung in Wahlen und die dubiose Skripal-Vergiftungsaffäre. Die Sanktionspolitik wurde weitgehend von Washington eingeführt – und Europa folgte pflichtbewusst auf Schritt und Tritt.

In der vergangenen Woche haben die EU-Botschafter für eine Verlängerung der Sanktionen um weitere sechs Monate gestimmt – obwohl diese für die europäische Wirtschaft wesentlich schädlicher waren als für die US-amerikanische, und obwohl insbesondere Vertreter vieler deutscher Unternehmen sich gegen die sinnlosen wirtschaftlichen Feindseligkeiten gegenüber Moskau aussprachen.

Das Fehlen jeglichen Gegendrucks seitens Europa auf eine so eklatante Einmischung der US-Amerikaner in Europas angebliche Souveränität und Unabhängigkeit in Fragen von lebenswichtigem Interesse lässt einen schlicht erstarren vor Erstaunen.

Ein weiteres eklatantes Beispiel ist die Art und Weise, wie die Trump-Regierung darauf besteht, dass europäische Staaten grosse Investitions- und Kooperationspläne mit dem chinesischen Telekommunikationsunternehmen Huawei zur Modernisierung von Mobilfunk- und Internetinfrastruktur aufgeben. Washington hat mit Vergeltungssanktionen gedroht, wenn Europa seine Partnerschaft mit Huawei fortsetzt. Die USA haben ausserdem davor gewarnt, dass sie ihren europäischen "Verbündeten" den "Austausch von Informationen" über Sicherheits- und Terrorrisiken vorenthalten könnten. Benimmt ein "Freund" sich so?

Auch hier sieht man das gleiche Muster der belämmerten Zustimmung der europäischen Staats- und Regierungschefs – anstatt einer handfesten Ermahnung an die USA, sich gefälligst um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern.

Das internationale JCPoA-Atomabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, dt.: Gemeinsamer Umfassender Aktionsplan) mit dem Iran ist eine weitere krönende Demonstration der Beziehungen, in denen Washington Europa missbraucht. Diese Woche dämpfte die Trump-Regierung den Verhandlungsenthusiasmus der Franzosen empfindlich: Auf einen Vorschlag aus Paris, Teheran bei dessen Rückkehr zur Befolgung des Aktionsplans ein Darlehen von 15 Milliarden US-Dollar bis Ende 2019 zuzubilligen, entgegnete ein US-Regierungssprecher überdeutlich: "Wir haben noch keinen konkreten Vorschlag gehört, der mit unseren und anderen Sanktionen [gegen den Iran] vereinbar wäre", zitiert Reuters.

Der von Frankreich vorgeschlagene Schritt sollte den wirtschaftlichen Druck auf den Iran verringern und das schwindende Atomabkommen mit dem Nahost-Staat retten.

Die USA erklärten, sie "werden jeden sanktionieren, der iranische Rohölexporte kauft". Es werde keine Erlassbriefe oder Ausnahmeregelungen von den US-amerikanischen Sanktionen geben. Das sagt der Europäischen Union ziemlich deutlich, dass man dort die ohnehin schon zögerlichen Bemühungen um die Rettung des Atomabkommens mit dem Iran, das man zusammen mit Russland und China unterzeichnete, vergessen sollte.

Weil Trump nun also aus dem Iran-Atomabkommen herausgebrochen ist, bedeutet das, dass die Europäer, in seinem von Herrschsucht geprägten Weltbild, es ihm gleichtun müssen. Offensichtlich hat die EU keine Freiheit, unabhängig vom amerikanischen Diktat zu handeln. Die Zerstörung der Beziehungen zwischen Europa und dem Iran gefährdet die wirtschaftlichen Interessen und schürt Sicherheitsbedenken im

Zusammenhang mit möglichen Konflikten und der Nichtverbreitung von Atomwaffen in der Region. Sind die europäischen Anliegen für Washington so irrelevant?

Ungestrafte Beleidigung des gesunden Menschenverstandes

Und jetzt stählen Sie sich für ein alle Rahmen sprengendes Beispiel von Doppeldenk: US-Verteidigungsminister Mark Esper hielt letzte Woche Vorträge vor den europäischen "Freunden" der USA, beim Abwehren angeblicher russischer und chinesischer Feindseligkeiten wachsamer zu sein.

Der in der Denkfabrik *Royal United Services Institute* in London gehaltene Vortrag wurde als Vorzeigerede verbucht, als Espers erste grosse Rede seit seiner Ernennung zum Pentagon-Chef im Juli.

"Es wird immer deutlicher, dass Russland und China die internationale Ordnung stören wollen, wofür sie ein Vetorecht gegen die wirtschaftlichen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Entscheidungen anderer Nationen anstreben", erklärte Esper.

"Einfach ausgedrückt, missachtet die russische Aussenpolitik weiterhin internationale Normen", fügte der ehemalige Lobbyist des US-Rüstungsunternehmens Raytheon und anderer US-amerikanischer Waffenhersteller ohne einen Hauch von Verlegenheit hinzu.

Und die Antwort Europas? Brachen die europäischen Staatschefs und Medien in unkontrolliertes Lachen über eine so manifeste Demonstration von Absurdität, Heuchelei und Schuldumwälzung aus? Gab es im hochempörten Ton formulierte offizielle Erklärungen oder Leitartikel, die dem Vertreter der US-amerikanischen Rüstungsindustrie erklärten, dass seine Ergüsse eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand sind?

Europas Toleranz gegenüber dem Missbrauch durch ihre US-amerikanischen "Partner" erinnert wirklich sehr an das Stockholm-Syndrom. Sicher, europäische Staatsoberhäupter wie Merkel oder Macron flennen manchmal über die Notwendigkeit ins Kissen, unabhängiger von Washington zu sein, doch wenn es auf Taten ankommt, legen sie alle eine verachtenswert speichelleckerische Linientreue zur US-Politik an den Tag. Auch wenn sie ihren eigenen nationalen Interessen messbar schadet.

Vom Stockholm-Syndrom zum Pawlowschen Reflex

Als Trump auf dem G7-Gipfel im französischen Biarritz im vergangenen Monat die Wiederaufnahme Russlands in die Gruppe der Sieben Wirtschaftsmächte empfahl, reagierte der Rest der Gruppe entsetzt und forderte die Ausgrenzung Moskaus. Wie verdreht ist das denn? Die erbärmlichen europäischen Staatschefs wollen in einem Club mit ihrem grössten Peiniger – Washington – bleiben und gleichzeitig ihr Nachbarland und einen wichtigen potenziellen strategischen Partner ausschliessen. Wieviel Irrationalität kann man überhaupt ertragen?

Psychologen erklären das Stockholm-Syndrom als einen "Trauma-Bewältigungsmechanismus". Es ist häufig unter anderem bei Geiseln, Kriegsgefangenen, Überlebenden von Konzentrationslagern, Sklaven und Prostituierten beobachtet. Irrationales Sympathisieren mit einer Partei, die einen wirklich in Not bringt und verletzt, ist eine Möglichkeit, das Trauma zu minimieren, indem man die Werte des Peinigers zum Schein annimmt.

Anscheinend kann das Syndrom erfolgreich behandelt werden. Die Opfer müssen schrittweise an die objektive Wahrheit ihrer Situation herangeführt werden. Auch Europa muss aus den Wahnvorstellungen über seinen US-amerikanischen "Verbündeten" erwachen.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/92196-europas-ausgewachsenes-stockholm-syndrom-angesichts-us-mobbing/>

Saudi-Arabien und eine Welt, die wieder einmal am Abgrund steht

Ob der Angriff wie behauptet stattgefunden haben kann, vermag man vor dem Hintergrund von Erklärungen nicht zu übersehen. Auch die möglichen Folgen sind umfassend.

Ein Umstand ist allerdings völlig neu, und man kann das nur begreifen, wenn man die Umstände kennt, auf die ich in meinem Buch: „**Deutschland im Umbruch**“ hingewiesen und als die Beweggründe aufgeführt habe, die zur Aufstellung des Kandidaten Trump geführt haben sollen. Das waren drei Elemente, über die in den Vereinigten Staaten bis heute heftig debattiert wird: der mögliche Zusammenbruch der Infrastruktur, der Aufschrei in den amerikanischen Klein- und Mittelstädten über die endlose Reihe von Zinksärgen sowie die explosionsartig ansteigende Zahl von antisemitischen Vorfällen. Diese drei Elemente bestehen unverändert fort und der Präsident Trump ist sich vor dem Hintergrund seiner Erklärungen und seines Handelns dieser Umstände sehr bewusst.

Man kann davon ausgehen, dass sein ständiges Betonen seiner Bindungen an alle seine Wahlversprechen den vorgenannten Umständen geschuldet ist. So sieht in Anbetracht einer geradezu verzweifelten Lage eine Art von „Selbstschutz“ aus.



Von Willy Wimmer 14:33 18.09.2019

Wer immer das in Saudi-Arabien herbeigeführt haben sollte, wird diese Dimension vor seinen Augen gehabt haben. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das Schicksal der Vereinigten Staaten auf des Messers Schneide zu sehen, wenn die durchaus umsichtige Vorgehensweise des Präsidenten Trump von ihm oder anderen amerikanischen Kräften nicht beibehalten werden sollte.

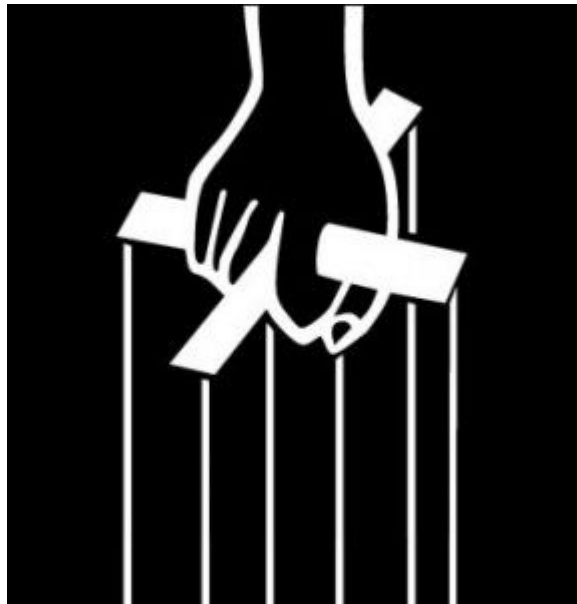
Selbst in einer Zeit, in der die Regierungen weltweit dazu übergegangen sind, ihren Bürgern keine Erklärungen mehr zu liefern und sich dieser Verpflichtung durch „mentale Kampfgruppen“ entziehen, die mit dem Begriff „Verschwörungstheorien“ die Bürger niederzuhalten haben, wird das eine oder andere berichtet. Dazu zählt die intensive Reisetätigkeit des noch im Amt befindlichen israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu. Nicht nur die Dauerbesuche beim russischen Präsidenten fallen auf. So flog Ministerpräsident Netanjahu vor wenigen Tagen und mitten im Endspurt des alles entscheidenden Wahlkampfes zum britischen Premier Boris Johnson, und das für ein Treffen von 45 Minuten Dauer. Das ist nicht nur das Eingeständnis darüber, dass keine Kommunikationsverbindung mehr sicher genannt werden kann. Es ist wie in alten Zeiten, in den Nachrichten „Durch Offizier, von Hand zu Hand“ übergeben wurden. Man fliegt nicht für 45 Minuten nach London, um Tee zu trinken.

In Berlin wird sofort von einem bevorstehenden Krieg gefaselt. Man sollte sich in letzter Sekunde Gedanken darüber machen, was es für den Frieden in der Welt bedeutet, wenn sich die Bundeskanzlerin – für alle Welt sichtbar – auf die Seite der Washingtoner Koalitionäre vom Schlage Clinton, Obama und Graham, gegen den Präsidenten Trump, schlägt. Und was dieses Verhalten für die Riege Putin, Netanjahu, Trump bedeutet, die bislang den Nachweis zu liefern in der Lage gewesen sind, es miteinander zu können. Wer hindert diese Herren eigentlich, ihren erklärten Willen umzusetzen? Das sollten sich Frau Dr. Merkel und Herr Macron schnellstens fragen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20190918325745203-saudi-arabien-wimmer-kommentar/>

Operation Libero organisiert Pro-EU-Rahmenabkommen-Front

Home /EU-No-Newsletter, News/Operation Libero organisiert Pro-EU-Rahmenabkommen-Front



EU-No-Newsletter, News 19. September 2019

Die 2016 auf nationaler Ebene als „spontane“ Studentenbewegung erschienene „Operation Libero“ (OP), die vorgab sich für Menschenrechte und offene Grenzen einzusetzen, hat ihre Maske fallen gelassen. Wer heute auf ihre Webseite geht, findet ihr zentrales Anliegen: „Aufruf für ein Rahmenabkommen“. Dazu hat OP eine Front von 41 Politikern (wandelwahl.ch) gebildet, die sich verpflichtet haben, sich für das Rahmenabkommen einzusetzen. Sie erhalten für ihr Engagement Wahlkampfunterstützung von CHF 1,5 Millionen von OP (tagesanzeiger.ch). „Nach mehrmaligem Nachhaken bestätigt der ehemalige Nationalrat Tim Guldemann (SP), der mit der Operation Libero hinter der Kampagne steht, den Betrag (woz.ch).“ Mit dabei in dieser Pro-EU-Rahmenabkommen-Front sind 41 Nationalratskandidaten aus verschiedenen Parteien, ausser der SVP: „Je sieben aus der SP und den Grünen, sechs von der GLP, neun FDP-Politiker, acht CVPler und vier aus der BDP (tagesanzeiger.ch).“ Wie kommt eine „spontane“ Studentenbewegung dazu, innert kürzester Zeit professionell organisiert zu sein und mit Millionen-Budgets zu operieren? Und dann noch dazu von Anfang an vom Staatsfernsehen wie eine grosse nationale Partei mit regelmässigen Einladungen in die Arena behandelt zu werden?

Jetzt, da die Maske dieser Gruppierung, die sich gerne als Vertreterin der „zivilen Gesellschaft“ präsentiert, gefallen ist, wird klar: Es handelt sich um eine Pro-EU-Polit-Marketing-Agentur. Dann wird auch verständlich, woher deren finanzielle Mittel stammen. Der Behauptung von OP, sie werde nur durch „kleine“ Spenden (crowdfunding) finanziert, widersprechen ihre eigenen publizierten Zahlen. Die Spenden für die Nationalratswahlen werden mit CHF 98'490.30 angegeben (operation-libero.ch). Den Kandidaten wurden aber CHF 1,5 Millionen versprochen. Also muss wohl ein „guter Onkel“ den fehlenden Betrag finanzieren. Über die Identität des „guten Onkels“ wurde viel spekuliert. Es ist jedoch klar, dass es sich um einen EU-freundlichen „Onkel“ handeln dürfte, oder – was noch wahrscheinlicher ist – um verschiedene EU-freundliche „Onkeln“. Namen, die zirkulieren:

«Federführend in der Finanzierung dürfte der windige Kollege Heinz Karrer von der Economiesuisse sein. Im Hintergrund werkelt die FDP mit.» (insideparadeplatz.ch)

«Hansjörg Wyss zieht im Hintergrund die Fäden. Er hat der Initiative den wichtigen finanziellen Anstoss gegeben und dürfte den Abstimmungskampf mittragen. Wyss sagte aus den fernen USA zu BLICK: «Die Schweiz gehört zur EU.» (blick.ch)

«[...] wurden ihr (Flavia Kleiner) Verstrickungen zum ungarisch-amerikanischen Milliardär George Soros nachgesagt. Dies, weil Kleiner Aktivmitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR) ist, den Soros mit seiner Open Society Foundations als Mitglied und Hauptsponsor mit bisher über 2,5 Millionen Euro unterstütze.» (weltwoche.ch)

Die OP behauptet, sie sei weder von Economiesuisse, Wyss noch von Soros finanziert

«Honni-soit-qui-mal-y-pense.»

Abschliessend ein treffender bei „insideparadeplatz“ publizierten Kommentar dazu:

«Oh, wie schön, wie makellos perfekt doch diese Operation Libero ist und wie einzigartig für die Schweiz.» (insideparadeplatz.ch)

Ja, für die Schweiz schon einzigartig. Jedoch nur eine Kopie des in Europa bereits erfolgreich lancierten Polit-Marketing-Formates. So, wie halt erfolgreiche Sendungen (Deutschland sucht den Superstar, Deutschlands Top Model) einmal entworfen werden und dann europaweit für das jeweilige Land kopiert und ausgestrahlt werden, so wurde die Operation Libero "Swiss Edition" abgekupfert, mit schmucken Girls und Boys bestückt (nach einem streng definierten Anforderungskatalog ausgesucht, nichts dem Zufall überlassend), gebrandet (von Brand, englisch Marke) und lanciert. In Frankreich wurde das Format zum ersten Mal erfolgreich geschaffen. Ebenfalls aus dem Nichts eroberte die "Republik in Bewegung" die Präsidentschaft. Lauter junge, schöne Menschen und ein Grossmami (Brigitte)...

In Spanien wurde das Marketing-Format dann verfeinert. "C" (spanisch für Ciudadanos = Bürger) ins Leben gerufen. Gilt jetzt als die drittgrösste Partei des Landes. Dasselbe in grün (in dem Fall orange). Ein smarter, bildhübscher Junge als Parteiführer, topmodelhafte, intelligente junge Frauen als Parteivorstände: gleiches Format, gleiche Kommunikation, gleiche Inhalte, gleiches Getue wie hierzulande...

In Spanien sind es Grossbanken und der Arbeitgeberverband, welche mit zehnstelligen Summen die "Bewegung" ins Rollen brachte. In Frankreich ebenfalls Grossbanken, welche das grosse Geld reinstecken. Sowohl in Spanien als auch in Frankreich agierte jeweils eine Bank als Sammelbecken für die "Spenden" der anderen Banken (in Spanien Banco Sabadell, in Frankreich Banque Edmond de Rothschild).

Operation Libero, "Swiss Edition", verfolgt knallhart den Eintritt der Schweiz in die EU sowie sämtliche Anliegen einer "globalisierten" Schweiz. Treffen mit Ex-Präsident Obama, Erklärungen der Presse, dass eine dieser zwei Madis (Co-Präsidentinnen von OP) zu den "einflussreichsten Persönlichkeiten Europas" gehöre (so ein Witz) – hier wird ganz gross aufgetischt von der Globalisierungselite der Welt. Die Bastion Schweiz muss endlich fallen. Das Volk scheint vorerst darauf reinzufallen.» (insideparadeplatz.ch)

Autor: Dr. Pedro Reiser, Quelle: <https://eu-no.ch/operation-libero-organisiert-pro-eu-rahmenabkommen-front/>

Diese schwachsinnige, die Heimat an die EU-Diktatur zu verraten gewillte gehirnlose Studentenbewegung <Operation Libero>, deren pathologisch dumme Mitglieder Verstand und Vernunft unzugänglich sind und keine Ahnung davon haben, was Frieden, Freiheit und Neutralität effectiv bedeuten, wurde bereits in einer frühen Voraussage aus dem Jahr 1949 als heimatverräterisch genannt.

Siehe Auszüge aus:

Die Zukunft der Erde sieht übel aus, denn die Menschheit wird alles Böse tun und ihr eigenes Fortbestehen in Frage stellen ...

13./14 Mai 1949, Eduard Meier, Niederflachs 1253, Bülach, Kt. Zürich

Auszug:

Gesamthaft spitzt sich bereits ab heute und folgend in den kommenden Zeiten, und ganz besonders ab dem Beginn des 3. Jahrtausends, die gesamte Weltlage in einem Ausmass des Fehlverhaltens und des Missregierens durch die immer mehr zunehmende Regierungsunfähigkeit der Regierenden zu. Allein durch das Aufkommen einer Europa-Diktatur in 44 Jahren, die durch Arglist die europäischen Staaten betrügen und diese sich ihr anschliessen lassen werden, wird in deren Völkern alles zu viel Missmut und Unheil führen.

Erst zu spät und viele Jahre später werden sie erkennen, dass sie sich dumm und unbedacht der Diktatur angeschlossen haben werden, weshalb sie dann gegen die Diktatur ankämpfen und Bemühungen unternehmen werden, ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Dies werden jedoch in den eigenen Ländern die Dummen ebenso zu verhindern suchen wie auch die Diktaturführenden. Frei davon wird nur die Schweiz bleiben, doch im Lauf der Zeit werden auch jene Dummen, die dem Verstand und der Vernunft unzugänglich und diesbezüglich politisch Unzurechnungsfähige sein werden, grosse Bemühungen unternehmen, um der die Völker stetig mehr vogtenden Europa-Diktatur beizutreten. In dieser Weise werden sich besonders landesverräterische politische Parteien in den Vordergrund stellen, wie auch Gruppierungen und Bewegungen, **wie z.B. eine verräterische Sudentenbewegung, die in 67 Jahren ins Leben gerufen werden und sich erst unter einer Bezeichnung wie <Operation Freiheit> (Anm. FIGU: <Operation Libero>, gegründet am 13.10.2014 in Zürich) als heimatliebend feiern lassen wird, um dann aber doch ihr wahres Wesen zu offenbaren und sich diesbezüglich für einen Diktaturbeitritt stark zu machen.**

Wie die Russen vom Westen völlig enttäuscht sind

Sonntag, 22. September 2019 , von Freeman um 12:05

Als ich 2009 das erste Mal nach Russland kam, war ich über die positive Einstellung, welche die Russen über Amerika und Europa hatten, etwas erstaunt. Leute, die ich getroffen habe, gaben mir den Eindruck, sie bewunderten den Westen und meinten, alles sei super gut dort. Besonders gegenüber Deutschland und den Deutschen waren sie sehr gut zu sprechen. Mein Versuch, ihnen zu erklären, es sei nicht alles Gold was glänzt, der Westen sei kein Paradies, es gebe viel Schlechtes dort, haben sie nicht hören wollen. Ihr Bild vom Westen war durch Hollywood-Filme und überhaupt westliche Propaganda stark geprägt.



Der amerikanische Traum: Illusion oder Realität?

Ich besuchte die Städte Moskau und Sankt Petersburg und war positiv überrascht darüber, was ich gesehen habe. Die Grösse dieser Metropolen war für mich beeindruckend. Mit rund 15,1 Millionen Einwohnern ist Moskau die grösste Agglomeration Europas. Die Bauten, Parkanlagen, Kirchen (300 davon), Theater (über 100), Museen und Galerien, Restaurants, Einkaufszentren, Hochhäuser mit dem 540 Meter hohe Ostankino-Turm, das höchste Bauwerk Europas, acht Fernbahnhöfen, drei internationalen Flughäfen und drei Binnenhäfen, bietet Moskau unbegrenzte Möglichkeiten.

In Moskau habe ich Strassen in der Stadt überquert, die 10 Spuren hatten ... auf einer Seite, also 20 Spuren gesamt. So breite Strassen hatte ich auf der ganzen Welt noch nie zuvor gesehen. Die Promenade am Ufer der Moskwa, der Fluss der durch Moskau fliesst, ist wunderschön und der riesige Gorki-Park, der daneben liegt ebenso. Man kann mit Schiffen einen Ausflug auf dem Wasser unternehmen oder mit den Doppeldeckerbussen eine Stadtrundfahrt machen, bestückt mit Kopfhörern, welche die Sehenswürdigkeiten in 8 Sprachen erklären.

Sankt Petersburg ist für mich aber die schönste und tollste Stadt Russlands, und sie ist mit fünf Millionen Einwohnern die nach Moskau zweitgrösste Stadt Russlands und die viertgrösste von Europa. Man merkt sofort an Hand der Architektur der Bauten, hier haben Zaren regiert, und zwar war sie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert die Hauptstadt des Russischen Kaiserreiches. In der historischen Innenstadt befinden sich 2300 Paläste, Prunkbauten und Schlösser, die seit 1991 als Weltkulturerbe der UNESCO eingestuft sind.

Ich habe schon sehr viel der Welt gesehen, habe auf allen Kontinenten gelebt, alle wichtigsten Städte besucht, aber was Sankt Petersburg darstellt und bietet ist überwältigend, ja einmalig. Die Kunst, die Theater, die Literatur, das Ballett und die Musik der Stadt besitzen Weltgeltung. Es gibt 221 Museen, 100 Theater und 80 Konzerthallen. Darüber hinaus gibt es 45 Galerien und Ausstellungshallen sowie 80 Kulturhäuser. Nur um etwas davon zu sehen, benötigt man mindestens einen Monat.

Alleine für die Eremitage, der bestbesuchte und wohl international wichtigste Ausstellungskomplex mit einer immens grossen Sammlung der europäischen bildenden Kunst bis 1917 sowie die weltweit grösste Juwelensammlung, muss man eine Woche rechnen. Dazu kommen die tollsten Hotels, Restaurants, Geschäfte und Einkaufszentren. Letztere sind einfach gigantisch. Ich habe deshalb den Russen gesagt, ich verstehe gar nicht, was sie am Westen so bewundern? Sie hätten doch alles und viel mehr. Da kommen mir die meisten Städte Europas – und die der Vereinigten Staaten sowieso – wie Kuhkaffer vor.

Ich sagte zu ihnen, sie würden ihr Land völlig unterschätzen und das Ausland überschätzen. Wenn sie nach Europa und Nordamerika reisen würden, dort sehen würden wie die Wirklichkeit ist, kämen sie völlig enttäuscht zurück. Die einzige Stadt, die mir als vergleichbar in den Sinn kommt, wäre vielleicht Paris. Aber auch diese Kulturmetropole war einmal, ist abgewirtschaftet und verkommen.



Ja, die Fotos zeigen Paris und nicht einen Slum der 3. Welt!



Dann passierte etwas. Die positive Einstellung der Russen gegenüber dem Westen änderte sich spätestens ab 2010. Es begann nämlich das Russland-Bashing in den Westmedien, die penetrante negative Darstellung der russischen Regierung und von Präsident Putin, was in der russischen Bevölkerung registriert wurde. Ein Höhepunkt dieser Verleumdungskampagne der Politiker und Medien gegen Russland passierte im Vorfeld zur Winter-Olympiade von Sochi, im Februar 2014.

Was wurde alles an Lügen über diese Veranstaltung erzählt. Die deutschen Medien haben sich dabei besonders ausfallend geäußert und nur Schlechtes berichtet. Sie behaupteten zum Beispiel, Putin würde persönlich die streunenden Hunde der Stadt erschießen, damit die Besucher sie nicht mehr sähen. Eine krasse Lüge. Ich war dort und habe die Hunde lebendig gesehen, sind mir nachgelaufen.

Die Kommentierung der Eröffnungsfeier im deutschen Fernsehen war eine Hasstirade nach der anderen. Statt über die Kunstdarbietungen und den Sport zu berichten, ergossen sich die Kommentatoren in politische Dreckschleuderei. Ich habe danach einen Reporter der ARD in Sochi damit konfrontiert und ihm gesagt, sie seien unverschämte Lügner und keine Journalisten. Am liebsten hätte ich ihm eine in die Fresse gehauen.

Auf dem Olympiagelände in Sochi hatten die deutschen Autohersteller ihre riesigen Ausstellungsstände und priesen ihre Fahrzeuge "Made in Germany" an. Ein Russe sagte darüber zu mir: "*Die Deutschen wollen, dass wir ihre Autos kaufen, aber gleichzeitig scheissen sie uns auf den Kopf*". "Genau", sagte ich zu ihm. "Ihr seid nur dafür gut genug."

Die Deutschen sollten mal ganz ganz ruhig sein, nachdem was sie den Russen im II. Weltkrieg angetan haben. Es sind ja "nur" 26 Millionen Russen dabei umgekommen. In Sankt Petersburg (damals Lenin-grad) sind in den fast drei Jahren Totalbelagerung durch die Wehrmacht über eine Million Einwohner mit Bomben und Granaten getötet worden oder durch Hunger elendig verreckt.

Wer hat Hitlers Kriegsmaschine besiegt und Europa vom Faschismus befreit? Es war die Sowjetarmee unter riesigen Opfern ... und nicht die feigen Amis, die gewartet haben, bis die Ostfront zusammenbrach. Die Westalliierten konnten die deutschen Städte aus der Luft bombardieren, aber die Russen haben die Wehrmacht am Boden vernichtend geschlagen.

Der Westen hatte Russland schon immer im Visier und will es kleinkriegen und erobern. Nicht zufällig inszenierten die USA den "Aufstand" in Kiew auf dem Maidan-Platz, während Russland sich als Gastgeber mit der Olympiade beschäftigte. Der Zeitpunkt für den Putsch wurde extra so gewählt, als Putin und die gesamte Regierung abgelenkt war.

Die legitime Regierung in Kiew wurde gewaltsam gestürzt, eine hörige Marionette Washingtons eingesetzt und die Ukraine in den westlichen Herrschaftsbereich einverleibt. Als Reaktion auf die anti-russischen Pogrome in der Ukraine haben dann die Bewohner der Krim mit über 90% bei einer Volksabstimmung sich für den Anschluss an die Russische Föderation entschieden.

Dann ging die Hetze gegen Russland in den Westmedien so richtig los. Russland hätte die Krim annektiert, russische Panzer und Soldaten seien in die Ukraine eingedrungen. Alles Lügen und Falschmeldungen. Washington unter Obama hat dann Sanktionen gegen Russland als "Strafe" verhängt, welche die Europäer und besonders die gehorsamen Deutschen ebenfalls umsetzten.

Der Gipfel der falschen Beschuldigungen war dann Russia-Gate, die Behauptung, Moskau bzw. Putin hätten die Präsidentschaftswahlen 2016 zu Ungunsten von Hillary Clinton manipuliert. Die Sanktionen wurden noch mehr verschärft. Für die Westmedien ist es kein Widerspruch, dass Trump noch härter und noch aggressiver vorgeht als Obama.

99% der US-Medien brachten nur noch ein Thema, Russland sei nämlich der Böse und hätte Trump mit "Hacking" ins Weisse Haus gebracht. Egal welchen Sender man einschaltete, es hiess nur noch "Russia, Russia, Russia..." sei an allem schuld, könnte sogar den Strom abstellen und ganz Amerika würde frieren und im Dunklen sitzen.

Parallel dazu wurden über die Jahre immer mehr Soldaten und Kriegsgerät unmittelbar an die Grenze zu Russland verlegt, die NATO expandierte nach Osten. Die russische Bevölkerung änderte ihre Meinung über den Westen, erkannte immer mehr, wer der wirkliche Aggressor und Bösewicht auf der Welt ist. Sie haben ganz ruhig und mit ihren Mitteln eine starke Armee mit modernsten Waffen zur Verteidigung aufgebaut.

Die sogenannte westliche "Wertegemeinschaft" ist in Wirklichkeit eine "Verbrechensgemeinschaft". Sie hat keine menschliche Werte, sondern nur Profitgier, Eroberung, Ausbeutung, Kriege und Zerstörung im Sinn. Dazu jede Art von Perversion, die als normal angesehen wird. Russland aber vertritt noch echte Werte, wie Bescheidenheit, Tradition, Familie, Kinder, Gemeinschaftssinn, Naturverbundenheit etc.

Das Paradoxe ist (oder auch nicht), die Sanktionen haben Russland gestärkt, die Wirtschaft des Landes angekurbelt und Moskau hat entschieden, sich so unabhängig wie möglich vom Westen zu machen. Den Russen geht es gut, die tollsten Infrastrukturprojekte werden im höchsten Tempo realisiert. Die fast 20 km lange Brücke übers Meer zur Krim wurde in nur zwei Jahren fertiggestellt.

Die Russen haben sich von einer bedingungslosen Anbetung des Westens zu einer sehr skeptischen Einstellung, ja fast ablehnenden Haltung, gewandelt. Sie haben erkannt, der Feind sitzt im Westen und will nichts Gutes für Russland. Ganz neue Freundschaften und Allianzen haben sich gebildet, mit China, dem Iran, mit Indien, Syrien, der Türkei und den Staaten Südamerikas.

Russland hat systematisch seine Auslandskredite abgebaut und ist heute praktisch schuldenfrei. Es wurde in grossen Mengen Gold gekauft und die Dollarbestände verringert. Der Rubel ist grösstenteils mit Gold gedeckt. Auf der anderen Seite bekommen die Russen immer mehr mit, wie Europa und Amerika wirtschaftlich, kulturell und moralisch ständig abbauen.

Viele Russland-Deutschen, die vor und nach der Perestroika nach Deutschland ausgewandert sind, wollen wieder zurück, oder sind schon wieder nach Russland zurückgekehrt, weil sie den Werteverfall und den Selbstmord, den die westliche Gesellschaft begeht, nicht mehr aushalten. Sie sind völlig enttäuscht vom Westen ... auch die Russen selbst sind es.

Die russischen Medien zeigen ihnen jetzt – statt wie vorher ein Paradies –, wie der Westen wirklich ist, wie dieser ins Chaos gefallen ist. Sie sehen die Armut, die Dekadenz, den krassen Unterschied zwischen den Armen, die immer mehr werden, und den Reichen, den Multimilliardären. Dass es keine Demokratie gibt, diese nur eine Show ist, und keine freie Meinungsäußerung, eine, die nur vorgegaukelt wird.

Die europäischen und amerikanischen Politiker und Medien haben es in den letzten Jahren geschafft, aus einer positiv gesinnten russischen Bevölkerung eine skeptische und sogar ablehnende zu machen. Wie idiotisch und kontraproduktiv ist das denn? Russland ist stärker und selbstbewusster denn je und hat mit China enge wirtschaftliche und militärische Beziehungen geknüpft.

Überhaupt haben sich die rohstoffreichsten und bevölkerungsreichsten Länder der Welt gefunden, mehr und mehr kleinere Länder wenden sich von der Arroganz und Kolonialmentalität des Westens ab. Der Osten gewinnt an Einfluss und der Westen verliert ihn. Die EU und Amerika sind auf dem absteigenden Ast, sind völlig ungläubwürdig geworden, stehen wie der König ohne Kleider da.

Die G7 ist ein nutzloser Leerlauf-Verein, hat jeglichen Einfluss verloren. Es kann sogar sein, dass die Türkei die NATO verlassen wird. Erdogan, Rohani und Putin haben sich gerade wieder in Ankara getroffen und schmieden Allianzen, bestimmen, was im Mittleren Osten passiert. Das Totalversagen der US-Luftabwehr und dass die USA seinen Alliierten Saudi-Arabien nicht verteidigen kann, ist eine riesen Blamage.

Der am meisten respektierte Staatsmann auf dieser Welt ist ganz eindeutig Waldimir Putin. Trump, Merkel, Macron, Johnson etc. sind Witzfiguren, die man nicht ernst nehmen kann. Die westlichen Industrieländer laufen in eine Rezession, Deutschland ist bereits dort angekommen. Das zombihafte Finanzsystem steht kurz vor dem Zusammenbruch.

Der letzte Versuch der Zentralbanken, den klinisch toten Patienten zu retten, ist mit den Minuszinsen und noch mehr Geldflutung eingeleitet worden. Was die Sowjetunion vor 30 Jahren erlebte, den völligen Kollaps der staatlichen Ordnung, das Verschwinden des Sozialnetzes, der Verlust der Arbeitsplätze und Wertlosigkeit der Währungen, kommt nun auf den Westen zu.

Die (((Vampire))) der Finanzkriminellen haben es bald geschafft, den letzten Tropfen Blut aus der arbeitenden Bevölkerung zu saugen. Die "Gilets jaunes" sind am Samstag wieder massenweise in Frankreich auf die Strassen gegangen, und die Proteste gehen jetzt erst richtig los. Die amerikanische Gesellschaft ist so tief gespalten, ein Bürgerkrieg kann durchaus stattfinden.

Das kriegen die Russen alles mit und sind froh, in einem Land zu sein, dass eine gute Zukunft hat. Selbstverständlich ist nicht alles rosig, aber Russland ist auf dem richtigen Weg, hat erstaunlich vieles erreicht und hat durch seine Abnabelung vom Westen sehr positive Aussichten. Siehe, was die russischen TV-Zuschauer vor einigen Tagen auf dem grössten Sender Россия 1 (Russland 1) über die Zustände in Los Angeles gesehen haben:

"Was ist aus dem amerikanischen Traum geworden?"

Menschen, die am Strassenrand in Zelten hausen, Ratten, die Seuchen verbreiten, überall Müll, menschliche Exzessive und haufenweise Spritzen der Drogenabhängigen.

Krankheiten, die man glaubte, schon längst ausgerottet zu haben, sind wieder im Vormarsch, wie Pest, Cholera und Typhus!

Dann Bandenkriege, Korruption, Kriminalität, zusammenbrechende Infrastruktur und eine reiche Elite, die in einer anderen Welt lebt.

Wie der amerikanische Satiriker George Carlin mal sagte:

"The reason they call it the American Dream is because you have to be asleep to believe it."

Wer hätte in der Vergangenheit jemals gedacht, es ist eine Überlegung wert, in den Osten zu ziehen – nach Russland oder China – und dass man Russisch und Chinesisch lernen sollte. Ich hab`s getan!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/09/wie-die-russen-vom-westen-vollig.html#ixzz60QIDfiDd>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Sünde und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle vernünftigen Menschen der Erde, an alle FIGU-Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU-Landesgruppen und damit an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread “death rune” which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the “death rune” means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the “death rune”, disappears from the world and that the ur-ancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU-Interessengruppen, Studien- and Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the “death rune”, which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-“ausartung” and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41(0)52 38513 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41(0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703-3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703-3,

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



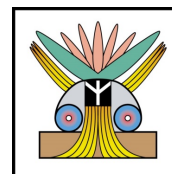
© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz